

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Abbestellungspreis: Die 3-gipflige Seite 1,50 Mk., von auswärts 2.— Mk., Arbeitsmarkt u. Wohnungsmietpreisen nach Bef. Tarif, die 3-gipflige Seite 1.— Mk., von auswärts 1,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Abnahme bis 1000 Hg. — Postfachkonto Danzig 2045. Expeditions: Am Spandhaus 6. — Telefon 2300.

Nr. 131

Mittwoch, den 8. Juni 1921

12. Jahrgang

Das oberschlesische Sprengpulver der Entente.

Die oberschlesische Frage birgt den Todeskeim der Entente.

London, 7. Juni. „Daily Chronicle“ (das Selbstblatt von Lloyd George) schreibt in einem „Die Entente“ überschriebenen Artikel: Die nächste Zusammenkunft des Obersten Rates sei noch nicht festgesetzt worden, und dabei häufen sich die Fragen an, mit denen sich der Rat beschäftigen muß. Ober-schlesien bleibt das Hauptproblem. Die Verschleppung in der Behandlung dieser Frage ziehe ernste und nicht notwendige Gefahren nach sich. Außerdem seien noch vorhanden das Problem des nahen Ostens, das Problem der Aburteilung der Kriegsschuldigen, über das nach der „Travestie der Gerechtigkeit“ in Leipzig gesagt werde, daß es eine weitere Erörterung erfordere, und schließlich müssen noch eine oder zwei Reparationsfragen vom Obersten Rate erörtert werden. „Daily Chronicle“ erklärt: Ein endgültiges internationales Abkommen und eine gleiche Politik in Oberschlesien durch Frankreich und England seien für den europäischen Frieden unentbehrlich. Der Grundsatz der beiden Länder sei, freie Hand zu bewahren, soweit es unter dem Friedensverträge möglich sei, und alle paar Wochen Konferenzen des Obersten Rates abzuhalten, führe zu Unzulänglichkeiten. Man brauche nur die Reden zu lesen, die während der letzten Debatte in der französischen Kammer gehalten wurden, um sich zu vergegenwärtigen, daß ein Fortschritt auf dieser Grundlage den Tod der Entente bedeuten würde.

Paris, 7. Juni. Wie „Vertinag“ im „Echo de Paris“ mitteilt, hat die englische Regierung gestern dem französischen Ministerium des Aeußern eine Note zugehen lassen. Die englische Regierung hat erklärt, sie werde die letzte französische Note erst beantworten, wenn sie den ersten Bericht ihres neuen Vertreters in Oberschlesien erhalten habe. Hinsichtlich der Haltung der französischen Truppen zu Beginn des polnischen Aufstandes, die die englische Regierung für zu polenfreundlich bezeichnet habe, halte nach „Vertinag“ die englische Regierung ihre erste Behauptung vollkommen aufrecht.

Eine neutrale Zone in Oberschlesien.

Wie der „Vorwärts“ meldet, beginnt sich die Bildung einer neutralen Zone in Oberschlesien zwischen den polnischen und deutschen Streitkräften zu vollziehen. In der Mitte der Front schieben sich englische und französische Truppen zwischen den deutschen Selbstschutz und die polnischen Insurgenten. Dadurch ist wohl auch zu erklären, daß während eines Gefechts zwischen dem Selbstschutz und Polen bei Kalinow drei verwundete und sieben unermundete Franzosen durch den deutschen Selbstschutz gefangen genommen wurden. Die Franzosen wurden sofort dem nächstliegenden französischen Kommando zur Verfügung gestellt. Mehreren Blättermeldungen zufolge kämpfen auf seiten der polnischen Insurgenten jetzt nur noch sehr wenig Oberschlesier. Die polnischen Bergarbeiter, die kampfmüde sind, sind fast überall in die Betriebe zurückgekehrt. Die polnische Kampflinie besteht fast nur noch aus Kongresspolen, darunter zahlreichen geschlossenen Verbänden von aktiven Formationen der polnischen Armee.

Oppeln, 7. Juni. Heute traf ein englisches Bataillon in Gleiwitz ein. Ein zweites englisches Bataillon und eine Kompanie französischer Truppen befinden sich in Rosenberg. In der Gegend von Krappitz und Otmitz hat ein Bataillon italienischer Truppen Stellung bezogen. Die Angriffsstätigkeit der Aufständischen war auch heute an zahlreichen Stellen der von den Insurgenten gehaltenen Linie sehr lebhaft. Im Kreise Rosenberg bei Jawitzgewitz starkes polnisches Infanterie- und Maschinengewehrfeuer. Bei Grötko wurde eine polnische Batterie festgestellt. Im Kreise Rosenberg wurde Schloß Zambowitz von den Aufständischen ausgeplündert. Im Kreise Kosel schickerte ein durch einen Panzerzug unterstützter Vorstoß der Insurgenten auf Randzinz. Bei Ossau im Kreise Ratibor wurde ein polnischer Panzerzug festgestellt.

Die wieder bedrängte Stadt Kattowitz hat an die Kultur-nationen der Welt einen Hilferuf geschickt, in dem es heißt: Die Not ist ins Ungeheure gestiegen. Heute wieder ohr-Wasser. Die Lebensmittel gehen zur Neige. Der Stadtkommandant hat es mit seiner militärischen Ehre für unvereinbar erklärt, daß die Insurgenten die Stadtmitte betreten. Trotzdem ist der Bahnhof mitten in der Stadt von den Insurgenten besetzt worden. Mäkten sofortige Nachricht verlangen, ob und wann der Einsatz der Stadt zu erwarten ist. Schwere Unruhen infolge Verzweiflung der Bevölkerung unvermeidlich.

Die Kosten des polnischen Militarismus.

Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ aus Warschau sieht der polnische Staatsanzwärtler fast 1/4 aller Ausgaben

für Heeresbedürfnisse vor. Die Gesamtschuld Polens an das Ausland zur Ernährung und Ausrüstung der Armeen beläuft sich nach dem heutigen Kurse der polnischen Wirt auf rund 250 Milliarden Polentmarkt.

Kapitalistische Wiederaufbauabotage.

Paris, 7. Juni. Der Minister für Wiederaufbau Doucheur hat gestern eine Rede durch das ehemalige Kampfgebiet gemacht und dabei auch die Stadt Valenciennes besucht. Er hielt dort eine Rede an die Municipalverwaltung, in der es u. a. heißt: Er kenne die Gefühle der Bevölkerung der Nord-departements hinsichtlich der Beschäftigung der deutschen Arbeiter. Es sei eine Lohheit, anzunehmen, daß eine Stadt wie Valenciennes 4000—5000 Deutsche kommen lasse, um die Häuser wieder aufzubauen. Es würde dadurch ein Zusammenwohnen entstehen, das man nicht dulden könne. Doucheur ging alsdann auf die Frage der Materiallieferung durch Deutschland ein und erklärte, daß die französischen Industriellen, zu stark mit den Lieferungen für die Wiederaufbauzone beschäftigt, sich schließlich gegenüber einem Deutschland, das nur auf dem Weltmarkt beschäftigt sei, sich im Rückstand befinden würden. Er verlange deshalb von den französischen Industriellen, daß sie sich ihren Kunden zuwenden und nicht zu große Vorteile aus den Lieferungen für den Wiederaufbau zu erzielen suchen. Eine Entscheidung über die Zukunft könne nicht getroffen werden, jedoch könne er nicht Verpflichtungen übernehmen, daß er nicht Lieferungen Deutschlands übernehme, die für Frankreich eine Erleichterung darstellen würden.

Die Auflösung der deutschen Selbstschutzorganisationen.

Berlin, 7. Juni. Auf der von der interalliierten Militärkontralkommission verlangten Liste der aufzulösenden Selbstschutzorganisationen hatte die deutsche Regierung die Organisation Escherich, die ostpreussischen Wehren und die bayerischen Einwohnerwehren genannt, worauf die Kommission erwiderte, daß die Liste nicht alle aufzulösenden Selbstschutzorganisationen enthalte. Die deutsche Regierung hat darauf geantwortet, daß die in zahlreichen Orten Deutschlands früher vorhandenen, mit Militärwaffen versehenen, aber inzwischen entwaffneten Organisationen durch die Erlasse der Landesregierungen über die Auflösung der Einwohnerwehren überall, außer in Bayern und Ostpreußen, aufgehört hätten zu bestehen. Durch ein Rundtelegramm seien die Regierungen der Länder ersucht, sofort nachzuprüfen, ob sich etwa Organisationen der Verpflichtung zur Auflösung entzogen haben. Wo dies der Fall sein sollte, werde alsbald die Auflösung auf Grund des Befehles vom 22. März bewirkt werden.

Die Kommunisten gegen die Arbeiterchaft.

Berlin, 8. Juni. Der „Volksanzeiger“ meldet aus Waldenburg: Als am Montag morgen die Belegschaften auf Grund des Beschlusses der Streikleitung ihre Tätigkeit aufnehmen wollten, versuchten die Kommunisten, den Zutritt der Arbeitswilligen zu den Schächten zu verhindern. Zur Sicherung der Arbeitswilligen wurde Schutzpolizei eingesetzt. Die bisherige Streikleitung ist durch eine kommunistische ersetzt worden.

Polen schürt die deutschfeindliche Stimmung in den abgetretenen Gebieten.

Berlin, 7. Juni. Auf die Vorstellungen des Posener deutschen Konsuls wegen der schweren Ausschreitungen gegen die deutschen Bürger in Ostrowo am 3. Juni erwiderte der polnische Bizeminister in Poson, er verurteile zwar die Vorgänge, aber er müsse darauf aufmerksam machen, daß es infolge der Vertreibung polnischer Arbeiter aus Westfalen und aus der Niederlausitz (!) im ganzen Abtretungsgebiet gegen die Deutschen gäre. Demgegenüber ist festzustellen, daß die im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen die polnische Regierung binden, die dem polnischen Reiche überantworteten deutschen Minderheiten nachdrücklich und unter allen Umständen gegen Übergriffe der nationalen polnischen Mehrheit zu schützen. Der deutsche Geschäftsträger ist angewiesen, dies in Warschau zum Ausdruck zu bringen. Die vom polnischen Bizeminister behaupteten Vorgänge in Deutschland unterliegen gegenwärtig der Nachprüfung.

Kommunismus und Proletariat.

Nicht vom Kommunismus im wissenschaftlichen Sinne soll hier die Rede sein, wie ihn etwa das Urchristentum verstanden hat, oder wie er Marx und Engels bei der Abfassung des „Kommunistischen Manifests“ vorgezeichnet hat, und wie er im Grunde genommen auch das letzte Ziel des Sozialismus darstellt. D. mehr soll hier die Rarifikation des Kommunismus charakterisiert werden, die in solchen Zeiten die Köpfe urteilsfähiger Massen verwirrt, in denen eine besonders elende Lage des Proletariats die Gemüter revolutionären Phrasen und Gesen am leichtesten zugänglich macht. Diese Rarifikation des Kommunismus kann immer nur eine geschichtliche Episode von reaktionärer Tendenz bleiben, wie es vor etwa 400 Jahren die Bewegung der Wiedertäufer in Münster bewiesen hat, und wie wir es heute an der politischen Wirksamkeit der sogenannten kommunistischen Partei wahrnehmen. Ueberblickt man alle von der kommunistischen Partei eingeleiteten „Aktionen“, die infolge ihrer Unklarheit und Unehrlichkeit die fortbauernbe innere Zerfegung dieses Parteigebildes bedingen, so muß der kritische Beobachter leider eine ununterbrochene Schädigung der proletarischen Anhänger dieses Pseudo-Kommunismus feststellen, die das schwerste Hemmnis auf dem Wege zur Vermittlung des Sozialismus bedeutet und eben dadurch ihren reaktionären Charakter offenbart.

„Der Kommunismus ist eine Wagenfrage“, bekannte kürzlich ein kommunistischer Diskussionsredner in der Bernsteins-Bersammlung. Sicherlich ist sich diese schöne Seele, als sie diesen Ausdruck tat, gar nicht klar darüber gewesen, daß dadurch der Kommunismus in schroffem Gegensatz zum Sozialismus gestellt wird. In diesem Sinne, der in der Tat der ganzen heutigen, kommunistischen Bewegung eigen ist, kennzeichnet sich die individualistische Richtung, die den Kommunismus zu gleichartigen Zielen wie den bürgerlichen Liberalismus treibt. Beide streben, wenn auch mit ganz verschiedenen Mitteln, nach das Gemeinwohl, sondern die Befriedigung der primitivsten persönlichen materiellen Wünsche an, dienen also einem trassen Egoismus.

Die praktischen Belege für diese Feststellung bilden die zahlreichen Putzche, die Deutschland vom Januar 1919 bis zum letzten Märzauflauf in Mitteldeutschland hat über sich ergehen lassen müssen. Heinrich Lausenberg und Fritz Wolffheim, die beiden Begründer der „Kommunistischen Arbeiterpartei“, haben kürzlich im „Vorwärts“ darauf hingewiesen, daß der berühmte „Rote Soldatenbund“, der bei dem Putzch im Januar 1919 eine so große Rolle gespielt hat, nach dem eigenen Eingeständnis von Paul Levi bis zu 60 Prozent mit Lockspiegeln durchsetzt gewesen ist, und daß nur die Zusammenfassung und Finanzierung dieser „Lumpenputzche“ das Abgleiten der Revolution in den bewaffneten Kampf der Arbeiter widereinander und die kapitalistische Restauration ermöglicht hat. Unter kommunistischer Führung ist ein Jahr später die Abwehr des Rapp-Putzches im Ruhrgebiet und im Vogtland (wo der Banditenhäuptling Mag. Hölz seine Getreuen sammelte) zu Wünderungszügen und Meutereien entartet, und die gleichen Effekte erstrebte der letzte Märzputzch in Mitteldeutschland, der nach dem Zeugnis Paul Levis beschlossen war, lange bevor Hörsing überhaupt an seine Verordnung dachte, die dem Putzch nachträglich als Vorwand dienen sollte. Wenn heute die Kommunisten so weit von ihrem Paul Levi ab-rücken, so muß man sich einmal vergegenwärtigen, welches Ansehen er in seiner Partei genossen hat, bevor das Diktat von Moskau, dem sich die W. K. P. D.-Zentrale willenslos zu fügen hat, seiner Ausschluss verlangte. Ein Beispiel dafür bietet die Art, wie Paul Levi in den Reichstag gelangt ist. Nach den Wahlen mußte auf Anordnung der W. K. P. D.-Zentrale der in Chemnitz gewählte kommunistische Parteisekretär Hedert auf sein Mandat verzichten, um den Platz für Levi freizumachen.

Friedrich Engels hat immer davor gewarnt, daß das Lumpenproletariat sich Eingang in die sozialistische Arbeiterbewegung verschaffe. Heute bildet das Lumpenproletariat die Kerntruppe der kommunistischen Partei und bewirkt seine geistige Ohnmacht durch organisierte Versammlungssprengungen. Die rednerische und literarische Tätigkeit der Führer dieser Partei erschöpft sich in den absten Schlagworten und spekuliert neben der Unreife und dem Gefühlstaumel der Massen vor allem auf ihre Bergehtlichkeit. Sonst könnte heute kein Mensch mehr auf den Schwindel von dem Moskewill-tarismus hereinfallen, der erst aus der Notwehr gegen den wirklichen Militarismus der kommunistischen Putzchisten hervorgegangen ist. Gerade in diesem Militarismus, der übrigens in schroffem Gegensatz zum Pazifismus der französischen Kommunisten steht, offenbart sich die ganze Verlogenheit der kommunistischen Agitation. Wo sind denn die kommunistischen Schreier 1914 gewesen, als die Sozialdemokratie die Kriegskredite bewilligte? In England sind Tausende von Kriegsdienstverweigerern ins Gefängnis gewar-

bert, aber kein einziger von den heutigen deutschen Kommunisten hat den gleichen Mut aufgebracht. Ja, ein Wilhelm Döwle, heute ein begehrter kommunistischer Wanderröhrer, schrieb seine begeisterten Frontberichte und Berichterstattungen des deutschen Offizierkorps, die heute in Buchform gesammelt vorliegen.

Auch bei der Forderung nach Aufhebung der Ausnahme-gerichte werden die Kommunisten stets vorgebildet verfahren, der Sozialdemokratie den Rang abzulassen. Das Beispiel Rußlands zeigt im Gegenteil, daß es noch niemals eine schlimmere Schandthat gegeben hat als in einem kommunistisch regierten Staate. Die bolschewistischen Gefängnisse sind überfüllt mit Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären. In einer Schilderung des Russen Mas Hurwicz in der „Weltbühne“ finden wir folgende Mitteilungen: „So sitzen fünfzehnjährige Kinder, der menschliche Jugendbund: Knaben und Mädchen im Alter von vierzehn bis sechzehn Jahren sind eingesperrt. Es seien alle: Anarchisten, Menscheviki, Sozialisten, Sozialrevolutionäre, Genossenschaftler und Parteilose. Ende März 1921 saßen allein in Rußland: 150 Sozialrevolutionäre des rechten Flügels, 25 des linken, 110 Menscheviki und 20 Anarchisten. Es gibt Häftlinge, die schon zwei Jahre ohne jegliche Anrechnung auf ihre Strafe und ohne Beschäftigung in den Gefängnisarbeitsstätten sind. Maschinengewehre zur Terrorisierung der Gefangenen aufgestellt. Die Leute werden vom Ungeziefer buchstäblich aufgefressen. In einem Briefe eines Inhaftierten heißt es: „Das Innengefängnis der Tscheka (außerordentlichen Kommission) ist ein Grab. Dies Gefängnis ist eine Reproduktion der mittelalterlichen Katakomben.“

Was nach allen diesen Wahrnehmungen noch daran zweifeln kann, daß die vielgerühmte „Matur des Proletariats“ sich am meisten gegen das Proletariat richtet, dem es nicht zu helfen. Über die deutsche Sozialdemokratie wird als verantwortungsbewußte Arbeiterpartei kein Mittel unversucht lassen, um ihrem Volke die Leiden ihrer russischen Brüder zu ersparen. Sie weiß allerdings auch Realitäten und historische Entwicklungsgesetze richtig einzuschätzen, und noch weniger ihrer Führer hat sich so ungeheuer blamiert, wie der Danziger kommunistische Parteileitender Klinger, der in der Verstein-Berlin-Verammlung den demütigen Ausdruck gelassen hat, er sehe in der wirtschaftlichen und sozialen Lage von 1848 und heute keinen Unterschied. Die völlige Unklarheit der Theorie und der Vankersinn und die Verlogenheit der Praxis dieser geistigen Volkserkrankung, die der heutige Kommunismus darstellt, werden seine Auflösung zweifellos beschleunigen. Aber jeder zurechnungsfähige Proletarier hat im persönlichen Interesse wie im Interesse der Volksgemeinschaft die Pflicht, dafür zu sorgen, daß dieser Prozeß sich möglichst schnell und schmerzlos vollzieht. W. B.

Die Organisation der Sowjetgewalt in Georgien.

Die bolschewistische Gewalt ist in Georgien, wie aus den in Tiflis erscheinenden russischen kommunistischen Regierungsbüchern ersichtlich ist, auf folgende Art organisiert:

Die Bolschewikeregierung Georgiens, die sich anfangs Revolutionäres Komitee („Revkom“) nannte und sich jetzt „Rat der Volkskommissare Georgiens“ nennt, wurde bereits am 21. Februar gebildet und bestand sich im Gefolge der 11. Roten Armee, die von Moskau auf Georgien geworfen wurde. Die Bildung dieses „Kabinetts“ mit Aufzählung der Namen seiner Mitglieder wurde durch Flugblätter der Bevölkerung bekanntgegeben. Von der konstituierenden Versammlung Georgiens wurde am 25. Februar in Tiflis darüber eine Entschließung gefaßt. In der die Mitglieder des „Revkom“ einstimmig als Landesverwalter und Feinde des georgischen Volkes erklärt wurden.

Nach der Niederlage der georgischen Truppen und der Besetzung des Landes durch die russischen Roten Armeen erklärten sich diese Herren als Träger der Staatsgewalt und schickten sich an, einen Regierungsapparat zu bilden.

Die amerikanischen Gewerkschaften und die Amsterdamer Internationale.

Die Methoden des Internationalen Gewerkschaftsbundes erwecken bekanntlich den Moskauer Gewerkschaften denart reaktionär, daß sie die deutschen Gewerkschaften für sich als „Gegner“ betrachteten und ihnen tagtäglich entgegen, auf die Trennung ihrer Verbände von Amsterdam und ihren Anschluß an Moskau hinarbeiteten. Es mußte deshalb einigermassen verwunderlich sein, daß die Herren um Comper in Washington die revolutionären Amsterdamer Methoden denart auf die Herzen gefallen sind, daß sie die Zugehörigkeit der amerikanischen Federation of Labour zum Internationalen Gewerkschaftsbund nicht mehr aufrechterhalten wollen.

Comper's Wut hat drei Hauptursachen gegen Amsterdam und Moskau, die von der im vorigen Jahre in Montreal abgehaltener Konferenz der Federation of Labour gegen die Verfassung des neu konstituierten Internationalen Gewerkschaftsbundes erhoben worden sind. Erstens ist das Prinzip der vollen Autonomie für jede einzelne gewerkschaftliche Zentralstelle mit dem neuen Statuten vollständig aufgehoben; zweitens hat das Exekutivkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes durch Ausgabe von Aufträgen und Mandaten die gewerkschaftliche Internationale auf revolutionäre Grundzüge festgelegt, die die Federation of Labour bekämpft, und denen keine Arbeiterbewegung mitkommen könne, die sich von demokratischen Idealen leiten lassen; drittens ist ein Beitragsystem angenommen worden, das der Federation of Labour schmerz und unerträglich Lasten auferlegt.

Mit Genugtuung beschäftigt der Amsterdamer Sekretär Coudereff den Empfang des Schreibens von Comper, nachdem wir uns wohl nicht als „Anhängler“ an sie gewandt hätten und nur ganz ausnahmsweise irgendeine Antwort erhalten konnten.“ Und die Beschwerdepunkte eingehend, fährt das Antwortschreiben fort:

Der erste Schritt war die Auflösung aller von Volk gewählten Institutionen: die Stadtverwaltungen, die Gemainschaften, der Tiflis Arbeiterbelegungsrat, die Gewerkschaften — kurz alles, was durch freie Willensäußerung der Bevölkerung und der Arbeiterklasse in aufopferungsvoller langjähriger Arbeit zustande gekommen war, wurde zerstört. Die Tiflis Stadtverwaltung mit dem Magistrat wurde durch ein von der Sowjetregierung ernanntes städtisches Revolutionäres Komitee ersetzt; die Gemainschaften — durch „Revolutionäre Kreislaufes“; von diesen Kreislaufes wurden unzählige „Abteilungen“, „Unterabteilungen“, „Kommissionen“, „Sonderkommissionen“ und dergl. gebildet. Die Zentralgewalt liegt in den Händen des „Georgischen Revkom“, das der 11. russischen Armee untersteht; an der Spitze dieser Armee steht General Gekker (oder Gekker), dem unmittelbar Trotsky seine Befehle erteilt. Eine besonders Aufmerksamkeit wird auf die Organisation von außerordentlichen Kommissionen gerichtet. An der Spitze dieser Kommissionen wurden Leute gestellt, die sich in ganz Rußland durch unmenschliche Grausamkeit „berühmt“ gemacht haben. So z. B. steht an der Spitze der außerordentlichen Kommission („Tschekawtschiska“) in Batum der frühere Offizier Jenter Sabodaja; Chef der zentralen Tschekawtschiska ist Jiznabde, der Bruder von Wladimir.

Das Rätesystem ist verboten. Es gibt weder Arbeiter- noch Bauernräte, und diese dürfen nicht gewählt werden. Bei Neuwahlen von Gewerkschaftsvorständen wurden nämlich ausschließlich Sozialdemokraten gewählt, die Kommunisten erklärten bei allen Wahlen eine erbärmliche Niederlage. Die georgischen Arbeiter und Bauern wurden daher insgesamt als „politisch unzuverlässig“ erklärt, und der georgischen Räteregierung blieb nichts anderes übrig, als das Rätesystem abzuschaffen.

Da die Bauern noch nie vor keine Lebensmittel abliefern, unternahm der Vorsitzende der „Regierung“ Macharadse (ein kommunistischer Wanderröhrer minderwertiger Qualität) eine Agitationstour über die ländlichen Bezirke. In den von den Roten Truppen stark besetzten Gebieten wurde er von den Bauern mit eifriger Hilfe empfangen. Aus naheliegenden Gründen hüteten sich aber die Zuhörer, gegen ihn das Wort zu ergreifen. In unbesetzten Gebieten traten die Bauern in offener Feindschaft gegen ihn auf. Aus Rache befahl Hart Macharadse, alle namhaften Sozialdemokraten des Landes sofort zu verhaften. Den Mitgliedern des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei gelang es noch rechtzeitig, vom Befehl Kenntnis zu erhalten und sich zu retten; sie leben heute alle illegal. Verhaftet wurden in Tiflis, Kutais, Batum, Sachum und Poti allein über tausend Sozialdemokraten. Sehr zuvorkommend werden von Herrn Macharadse die alten reaktionären russischen Offiziere behandelt. Einem dieser Herren, mit sehr obdunkler Vergangenheit, der während des Krieges nach der Türkei geflüchtet war und dort eine kaukasische Legion gebildet hatte, die auf türkischer Seite mitkämpfte, wurde ein Brigadierposten vorgeschlagen.

Die amtliche Sprache der georgischen Sowjetbehörden ist die russische, mit Ausnahme des Kommissariats für Volksbildung, wo noch die georgische Sprache vorherrscht. Die Städte sind mit Militär überfüllt. In Tiflis verbleiben für die Besatzungstruppen die alten Kasernen nicht aus, und es wurde daher für die Soldaten eine Reihe privater Häuser requiriert. Man zählt insgesamt im Lande über 100 000 russische Soldaten.

Im Lande ist alles militarisiert. Eisenbahnen, Telegraph und Telefon dürfen von Privaten nicht benutzt werden; nur in Ausnahmefällen wird Privaten die Benutzung der Eisenbahn gestattet.

Auf Versammlungen und Meetings dürfen nur Mitglieder der kommunistischen Partei das Wort ergreifen. Von den politischen Parteien des Landes hat sich den Kommunisten nur eine winzige Gruppe der „Föderalisten“ (eine Art chauvinistischer Nationalbolschewisten ohne jeglichen Anhang) angeschlossen.

In ihren Kundgebungen an das internationale Proletariat spricht die georgische Räteregierung im Namen der georgischen Arbeiter- und Bauernräte. Wie bereits erwähnt, existieren keine Räte in Georgien. Es herrscht dort eine gänzlich unverhüllte russische Militärdiktatur; alles geschieht auf direkten Befehl aus Moskau. Die Stimmung der Volks-

Wir bedauern, daß das Exekutivkomitee der Federation of Labour sichtlich unvollkommen und unrichtig informiert ist. Denn falls das Exekutivkomitee richtig informiert sein sollte, würde es die amerikanische Delegation desabonieren, die 1919 in Amsterdam anwesend gewesen ist. Diese Delegation stimmte nämlich für den Passus in Artikel 3 unserer Statuten, der folgendermaßen lautet:

Der Internationale Gewerkschaftsbund setzt sich aus den allgemeinen auf wirklich gewerkschaftlicher Grundlage aufgebauten gewerkschaftlichen Parteiparteien der verschiedenen Länder zusammen. Die Selbstständigkeit der Gewerkschaftsbewegung eines jeden Landes bleibt gewahrt.

Dieselbe Delegation hat ferner für das Beitragsystem gestimmt, das namentlich von ihrem Vorstand als zu belastend bezeichnet wird. Wie die Herren Samuel Comper, J. J. Lobin und John D. Jones, die Ihre Delegation bildeten, sich erinnern werden, war es der englische Gewerkschaftsführer Stuart Tunning, der diesen Beitrag vorgeschlagen hat. Es ist sonach nicht wahr, daß durch die Statuten die Autonomie der einzelnen Länder vollkommen aufgehoben worden ist. Das Beitragsystem wurde ebenso wie die übrigen konstitutionellen Bestimmungen in Übereinstimmung mit Ihren eigenen Vertretern auf dem Kongreß im Juli 1919 festgesetzt.

Gegenüber dem Vorwurf der Verletzung revolutionärer Prinzipien, „revolutionärer Aktionen zugunsten der Sozialisierung der Produktionsmittel“ bedauert Coudereff, daß Comper augenscheinlich nur zwei Sätze des Aufsatzes vom 8. September 1919 — den Transport und, wenn möglich, die Herstellung von Kriegsmaterial zu verweigern — gelesen habe. Wenn aber dieser Aufsatz der sich gegen jeden wie immer gearteten Krieg, gegen die Verneinung von Menschenleben, d. h. also den Millionen von Arbeitern und gegen die Zerstörung von Millionen von produktiven Kräfte-

massen ist äußerst deprimiert. Dieses erinnert an die Zustände von 1908, als die Strafexpeditionen des bezugslosen zaristischen Henkergenerals Michanow sengend und mordend das Land durchzogen.

Und dieser hatte imperialistische Raubzug wird von den Profitschranken der Rotta, des Romp Mir u. dergl. als Sieg des Imperialismus dargestellt!

Der kommunistische Brandler unter der Anklage des Hochverrats.

Der Vorsitzende der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands, Heinrich Brandler, wurde vom Berliner außerordentlichen Gericht zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt. In dem Urteil heißt es, daß durch die Aufrufe der Zentrale der Partei in der „Roten Fahne“ und in Flugblättern eine gewaltsame Änderung der Verfassung angebahnt werden sollte. Der Angeklagte habe sich daher einer Aufforderung zum Hochverrat in Verbindung mit Aufreizung schuldig gemacht. Der Angeklagte habe aber nicht aus ehrenrühriger Gesinnung gehandelt, sondern sei überzeugt von den kommunistischen Idealen. Bei Bemessung der Höhe der Strafe sei erwogen worden, daß infolge dieser Aufrufe in Mitteldeutschland erhebliche Straftaten begangen worden sind.

Ein Mitschuldiger am Morde Rosa Luxemburgs?

Die „Freiheit“ erfährt, daß Leutnant Kroll unter dem Verdacht verhaftet worden ist, an der Ermordung Rosa Luxemburgs beteiligt gewesen zu sein. Kroll habe sich vor Kameraden getraut, Rosa Luxemburg erschossen zu haben. Außerdem habe er eine der Frau Rosa Luxemburg gehörige Uhr zum Verkauf weitergegeben.

Der nächste Pazifistenkongreß.

Der 10. Deutsche Pazifisten-Kongreß, einberufen von denselben zwölf Organisationen, die den vorjährigen Braunschweiger Kongreß veranstaltet haben, wird Anfang Oktober abgehalten werden. Für die Behandlung soll das Gesamthema „Der Wiederaufbau Europas“ den Rahmen abgeben.

Die Durchführung liegt in Händen eines Fünferausschusses unter Obmannschaft von Dr. L. Quibde (Deutsche Friedensgesellschaft, Berlin SW., Zimmerstraße 87).

Die wirtschaftliche Rückwirkung der französischen Gewaltpolitik.

Paris, 6. Juni. Nach einer Neuporter Meldung muß die neue französische Anleihe in den Vereinigten Staaten als ein gründliches Fiasko betrachtet werden. In Amerika hält man die französische Politik, die auf die Besetzung des Ruhrgebiets und auf die Zuweisung des oberschleifischen Industriegebiets an Frankreichs polnischen Verbündeten hingiebt, Frankreichs eigener Wirtschaft für abträglich und hat deshalb kein Vertrauen mehr zu Frankreichs wirtschaftlicher Widerstandsfähigkeit. Auch in Frankreich hat es bekanntlich schon vereinzelt Stimmen gegeben, die auf die Katastrophenpolitik Frankreichs gegenüber Deutschland hingewiesen haben. Diese Stimmen wurden aber geflüsterlich von den französischen Chauvinisten und Militaristen niedergeschrien.

Die Arbeitskrise in England.

Infolge der ernsten Lage in der Baumwollindustrie hat der Handelsminister die Vertreter beider Parteien zu einer gemeinsamen Besprechung eingeladen. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmer dauern schon drei Wochen. Die Gesamtzahl der fehlenden Arbeiter in England beträgt ungefähr vier Millionen, von denen 1 520 000 Bergleute und 800 000 Baumwollspinnereiarbeiter sind.

richte, von den amerikanischen Arbeitern mißbilligt werde, dann allerdings besteht zwischen der Auffassung der amerikanischen und der europäischen Arbeiter ein himmelweiter, nicht zu überbrückender Unterschied.

Weiter weist Coudereff darauf hin, daß Comper selbst Ehrenpräsident eines amerikanischen Bundes für die Sozialisierung von Transport- oder Produktionsmitteln sei, damit also im Widerspruch zu der Stellung des Vorstandes der Federation of Labour genau die Sozialisierung stehe. Unter Bezugnahme auf die Aufforderung des Internationalen Gewerkschaftsbundes an die ihr angeschlossenen Organisationen, am 1. Mai 1920 für seine Programmforderungen zu demonstrieren, betont Coudereff, daß der 1. Mai seit dreißig Jahren in Europa als Arbeiterfeiertag gilt, und daß die Wahl dieses Tages auf dem Pariser Kongreß im Jahre 1889 hauptsächlich erfolgt sei, weil die amerikanischen Arbeiter diesen Tag ohnehin bereits feierten.

Endlich verweist das Antwortschreiben darauf, daß Comper auf dem Amsterdamer Kongreß zwar betont habe, nicht mit allen angenommenen Beschlüssen einverstanden zu sein, jedoch Wert gelegt habe auf die Erklärung, „daß die amerikanische Gewerkschaftsbewegung ihr möglichstes tun werde, um die neue Internationale zu unterstützen und in Gemeinschaft mit den Arbeitern Europas an der Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse mitzuarbeiten.“ Coudereff bedauert, daß dies Versprechen nicht innegehalten worden ist, und hebt hervor, daß der Internationale Gewerkschaftsbund auf die Mithilfe des amerikanischen Arbeiterverbandes Wert lege. Dieser Wunsch wird selbstverständlich auch von der deutschen Arbeiterschaft geteilt, und es ist lebhaft zu hoffen, daß doch noch recht bald eine Verständigung der amerikanischen Gewerkschaften mit der Amsterdamer Internationale erfolgen möge. Einstweilen freilich machen die amerikanischen Arbeiterorganisationen, trotzdem sie neuerdings einer sehr starken Belastungsprobe durch das Unternehmertum ausgesetzt sind, einen, wenn auch nicht gerade golden, so doch immerhin orangefarbenen Eindruck, und von sozialistischen Geistes ist bei ihnen leider vorläufig noch herzlich wenig zu hören.

Straßenbahndebatte im Roten Hause.

Stadtverordnetenversammlung am 7. Juni 1921.

Nachdem verschiedene Mahlen für die Armenpflege und zu Ausschüssen erledigt waren, wurde eine ganze Reihe von Jahresrechnungen von städtischen Anlagen aus den Jahren 1914-19 entlastet. Wegen die Entlastung stimmte die gesamte Straße und die Polen. Dann folgten Bewilligungen für verschiedene Zwecke. Für die Herstellung eines

Jugendspielplatzes in der Niederstadt

zwischen dem Kleinbahnhof und der Bastion C&H wurden 250 000 Mk. bewilligt.

Stadtv. Boas (Zentr.) wendete sich gegen den Plan, den Spielplatz mit einem Holzhaus zu umfassen, der das Straßenschild verharbele. Man möge den Platz mit einem Drahtgitter aber mit einer lebenden Hecke abschließen. Die angeforderte Summe wurde einstimmig bewilligt.

Bereits 300 000 Mk. Ausgaben für polnische Schulen.

Eine weitere Vorlage des Senats forderte 11 560 Mk. für bauliche Veränderungen in der polnischen Schule in der Reiterkaserne.

Stadtv. Brelitz (Nole) wünschte bei dieser Gelegenheit Auskunft über die Errichtung von polnischen Schulen in den Vororten. Selbstverständlich gingen ihm alle bisher getroffenen Maßnahmen nicht weit genug.

Senator Dr. Strauß wies demgegenüber mit Recht darauf hin, daß die bisherigen Ausgaben für diese Zwecke in Höhe von 300 000 Mk., doch eine ganz erhebliche Aufwendung darstelle. Im Volksrat sei ein Gesetz in Vorbereitung, das die Rechte der Minderheiten im Freistaat regeln wird. Wegen die Bewilligung der Summe erhob sich kein Widerspruch.

300 000 Mk. für die Luftparkspiele

wurden ebenfalls bewilligt.

Für die Beschaffung von Holz für die Holzgasfabriken in den städtischen Schulen sind für das Rechnungsjahr 1921 100 000 Mark erforderlich. Die Versammlung bewilligte die Ausgabe. Die Schalkanlage im Stadttheater wird mit einem Kostenaufwand von 3-4000 Mk. abgeändert.

Zur Beseitigung des Wohnungsmangels

wurden für die Zwangsbeinquantierung weitere 150 000 Mk. vom Senat gefordert.

Stadtv. Scheller (Dnoll.) wünschte, daß die Gelder sachgemäß verwendet werden.

Stadtv. Frau v. Korytko (Dnoll.) gab der Meinung Ausdruck, daß die Zwangsbeinquantierung wenig Gutes geschaffen habe. Eine Besserung des Wohnungswesens könne erzielt werden durch Beschaffung des Fremdenzuzugs. Weiter möge man aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge Zuschüsse an Arbeiter geben, die mit dem Bau von Wohnungen zu beschäftigen sind.

Stadtv. Brungen (Dnoll.) beantragte die hohen Verwaltungskosten. Von den bis jetzt für die Beschaffung von Wohnungen bewilligten 300 000 Mk. ist nahezu die Hälfte für Verwaltungskosten verbraucht worden.

Senator Beste: Die Hemmung des Fremdenzuzugs ist notwendig. Die Verwendung von Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu Wohnzuschüssen läßt auf Schwierigkeiten, da außer der Arbeitslöhnen auch die Baumaterialien zu beschaffen sind. Bei der Kritik der Verwaltungskosten muß man berücksichtigen, daß mit durchschnittlich 4000 Mk. eine Wohnung geschaffen wird, die bei Neuherstellung 60-70 000 Mk. erfordert.

Stadtv. Runge (N. S. P.) erklärte, daß von einer Zwangsbeinquantierung keine Rede sein könne, da mit dem Geld nur Boden- und Kellerwohnungen geschaffen werden. Man möge die Villen in Langfuhr, die oft 10 und mehr Zimmer haben, mit Zwangsbeinquantierung belegen.

Senator Beste antwortete, daß nach einem Beschluß des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung Zwangsbeinquantierung nur zulässig ist, wenn getrennte Wohnungen geschaffen werden können.

Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Linken angenommen. Für bauliche Maßnahmen zur Sicherung des Stadt-

musiums gegen Einbruch und Feuergefahr und zur Instandsetzung der Aula des Realgymnasiums zu St. Joh. an wurden 8000 Mk. bewilligt. Das Haus war damit einstandslos, daß in dem Etat des Wohlfahrtsamtes anstatt 6000 Mk. 100 000 Mk. für Ausgaben eingestellt werden. Stadtv. Wahn bestritt die Zulässigkeit der Vorlage, da sie nur von dem Senatsvertreter Dr. Meyer unterzeichnet war. Herr Wahn wurde von dem Stadtverordnetenvorsteher durch einen Befehl befehrt. Der Aufhebung der Verpflichtung zur Bestellung von Anstellern für die Angestellten der Gruppe 3 wird zugestimmt.

Der Streik der Straßenbahner.

Die Stadtverordnetenversammlung wurde ersucht, ihre Zustimmung zu der am 1. Juni erfolgten Fahrpreiserhöhung der Straßenbahn zu geben.

Stadtv. Gebauer (N. S. P.) lehnte die Erhöhung der Tarife ab. Stadtv. Kuhn (Z.) wies darauf hin, daß die Fahrpreise wiederholt erhöht wurden, wobei die Straßenbahngesellschaft stets mit einer weiteren Steigerung der Materialpreise operiert habe. Das sei jetzt hinlänglich, da die Preise für das benötigte Material bedeutend gefallen sind.

Kommunistische Angriffe gegen die Vertrauensleute der Straßenbahner.

Im Verkehrsausschuß habe Senator Runge erklärt, daß die Gewerkschaftsvertreter sofort bereit waren, auf einer andern Grundlage zu verhandeln und daß es ein Verbrechen gewesen sei, die Parteien auf der Grundlage von 35 Pf. Stundenloohnerhöhung zu einigen. Die Vertrauensleute der Straßenbahn haben mit den Interessen ihrer Kollegen Schindluder getrieben. Die Erhöhung der Fahrpreise sei nicht notwendig und darum abzulehnen.

Von dem Aktienbesitz der Straßenbahn befinden sich 3 Millionen Mark in Deutschland und 2 Millionen in Danzig. Deutschland ist nach dem Verfall der Verträge verpflichtet, jeden Aktienbesitz im Ausland der Entente zur Verfügung zu stellen. Es wird vermutet, daß dadurch die Danziger Straßenbahn in polnische Hände fällt. Deshalb sollte man das Aktienkapital vergrößern und die Stadt soll dazu das Geld geben. Dabei soll den alten Aktionären eine Dividende von 7 Prozent garantiert werden. Danzig solle versuchen, auf Grund des Verfall der Verträge die Straßenbahn für sich zu gewinnen. Der Senat hätte bei einigem Geschick, den Streik der Straßenbahner verhindern können.

Senator Runge: Der Tarifvertrag der Straßenbahner sah bei Lohnstreikigkeiten ein Schiedsgericht vor. Der von ihm gefällte Schiedsspruch wurde von den Arbeitern nicht anerkannt; sie traten sofort in den Streik. Um den Streik aus der Welt zu schaffen, wurden Besprechungen mit den Parteien abgehalten, wobei die Vertreter der Straßenbahner erklärten, daß sie nicht bereit an der Forderung von 75 Pf. Lohnverhöhung pro Stunde festhalten würden. (Zwischenruf Kuhn: Das waren große Duffels!) Bei den jetzigen Verhältnissen hat die Straßenbahngesellschaft eine jährliche Mehrausgabe von 554 000 Mk. und eine Mehreinnahme von 585 000 Mk. Stadtv. Dr. Hermann (D. P.) trat für die Vorlage ein.

Stadtv. Sen. Lehrend: Die Sozialdemokratische Fraktion stimmt der Vorlage schweren Herzens zu. Wenn Herr Kuhn aus den vertraulichen Sitzungen des Verkehrsausschusses berichtet, so sei zu erwähnen, daß Kuhn bei den letzten Fahrpreiserhöhungen erklärt hat, die Leute (die Aktionäre) müßten selbstverständlich zu ihrem Worte kommen. Die Beschimpfungen der Gewerkschaftsvertreter durch Kuhn sind nicht so tragisch, da diese Kuhn nicht ernst nehmen. Die Lohnverhöhung der Straßenbahner beträgt etwa 850 000 Mark, etwaige Mehreinnahmen kommen der Stadt zugute.

Stadtv. Brungen I (Dnoll.) vertrat die Ansicht, daß die Straßenbahngesellschaft aus der Lohnaufbesserung kein Geschäft machen darf. Der Gedanke, daß die Danziger Straßenbahn in fremde Hände kommt und mit ausländischen Zuschüssen versehen wird, ist furchtbar. Unter diesen Umständen müsse die Stadt bereit sein, jährlich das Opfer von 350 000 Mark zu bringen.

Stadtv. Runge (N. S. P.) zweifelte die Richtigkeit der mitgeteilten Zahlen an. Bei den mitgeteilten Zahlen ergab sich sogar noch ein Ueberschuß für die Gesellschaft.

Stadtv. Schmidt (Z.) stellte die verletzende Behauptung auf, Gewerkschaften hätten der Gewerkschaft der Mat. er. nicht so intensiv für die Erwerbslosen eingetreten. Gew. Lehrend hätte kein Recht, für die Gewerkschaftsvertreter einzutreten.

Stadtv. Kuhn (Z.) kritisierte das Verhalten der Stadt. Gaffel und Dr. Herrmann (D. P.) im Verkehrsausschuß, die verhindern, daß bei einer Mehrereinnahme der Gesellschaft die Stundenlöhne der Straßenbahner um 5 oder 10 Pf. aufgebessert werden sollen. Kuhn bestritt die Angaben unseres Sen. Lehrend, wußte aber zugeben, daß er ein Schriftstück unterschrieben hat, durch das der Straßenbahn eine Erhöhung der Fahrpreise versprochen wird. Kuhn will sich auch in der Gewerkschaftsbewegung betätigen.

Senator Runge stellte fest, daß die von ihm angegebenen Zahlen richtig sind, die gegenteiligen Behauptungen beruhen auf einem Mißverständnis.

Stadtv. Sen. Korytko: Herr Kuhn behauptet, die Vertrauensleute der Straßenbahner hätten mit den Interessen ihrer Kollegen Schindluder getrieben. Die Straßenbahner haben keine speziellen Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung. Als Wortführer des Allg. Gew. Haftbundes lege ich deshalb gegen die Beschimpfung der Vertrauensleute Verwahrung ein. Die Gewerkschaften sind freie G. A. B. und unterliegen nicht der Kritik dieses Hauses. Einzig die Mitglieder der Gewerkschaften haben das Recht, Kritik zu üben. Die Versammlung der Straßenbahner hat mit Übergroßer Mehrheit dem Verhandlungsergebnis zugestimmt und den Vertrauensleuten den Dank ausgesprochen. Die Gewerkschaften lassen sich von Außenstehenden in ihren inneren Angelegenheiten nicht hineinreden.

Stadtv. Sen. Lehrend erklärte, daß er die von Schmidt behaupteten Worte nicht gebraucht habe und daß die Sen. Korytko bereit ist, eine dementsprechende Erklärung abzugeben.

Die Vorlage des Senats wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Erhebung der Steuern für das 1. Quartal 21.

Es kam alsdann folgende Steuervorlage zur Verhandlung: Die Stadtgemeinde wird ermächtigt zu erheben:

a) Die Gemeindesteuer mit 550 Prozent Zuschlag zu der zurzeit geltenden Staatseinkommensteuer, ausschließlich des Anteils an der Wohnungssteuer, der noch nicht festgestellt werden kann;

b) die Gewerbesteuer in Klasse 1 und 2 mit einem Zuschlag von 400 Prozent, in Klasse 3 mit 350 Prozent, in Klasse 4 mit 300 Prozent der staatlichen Steuern — auch bei der Gewerbesteuer —, ausschließlich des noch nicht ziffernmäßig feststehenden Anteils an der Wohnungssteuer;

c) die Grund- und Gebäudesteuer mit einem Zuschlag von 235 Prozent der staatlichen Steuer zu erheben in Form der Grundwerfsteuer;

d) die Betriebssteuer mit einem Zuschlag von 200 Prozent der staatlichen Steuern.

Senator Volkmann erklärte in einer Begründung der Vorlage, daß sie ein Gebot der Zeit des Magistrats sei. Der städtische Haushaltesplan für 1921 steht in seinem Gesamtwert fort. Er wird nur noch unwesentliche Veränderungen bringen. Die Ausgaben weisen hierbei eine Mehr von etwas über 60 Millionen Mark auf, das durch Steuern gedeckt werden muß und wird. Wir sind bisher nach dem alten preussischen Einkommensteuergesetz verfahren. Nach dem dem Volksrat vorliegenden neuen Steuergesetz soll nach dem Muster des Reiches für den Freistaat eine einheitliche Steuer erhoben werden, von der die Gemeinden einen bestimmten Prozentsatz erhalten sollen. Die Regelung ist so aufgestellt, daß wir die Zuversicht haben, daß die Gemeinden mit den ihnen zugewiesenen Anteilen auskommen werden. Da aber nicht zu hoffen ist, daß das neue Steuergesetz rechtzeitig unter Dach und Fach gebracht wird, ist dem Volksrat ein Vorgesetz unterbreitet worden, das ohne weiteres außer Kraft tritt, sobald das neue Steuergesetz verabschiedet sein wird. Das Steuergesetz werde wahrscheinlich im Volksrat angenommen. Auch die der Versammlung unterbreitete Vorlage hat nur provisorischen Charakter. Es fragt sich nur, ob es notwendig ist, einen derartigen Beschluß zu fassen. Das Steuergesetz berechtigt die Gemeinden, für das erste Quartal vorläufige Steuern zu erheben. Nun müssen die Gemeinden bestimmen, wieviel Steuerzuschlag sie erheben wollen. Das kann und will der Gesetzgeber im Volksrat nicht diktieren, deshalb muß die Stadtverordnetenversammlung einen förmlichen Beschluß fassen, daß sie die Steuer nach den vorjährigen Steuer-

„König Kohle.“

Roman von Upton Sinclair.

(Fortsetzung.)

Drei Tage lang arbeitete Hal in den Eingeweiden der Erde, als bei Merinitz und machte dortselbst Jagd auf Untergelbes. Dann kam der gebende Sonntag, und einige Stunden waren kein eigen; er konnte das Sonnenlicht genießen und das Wort: befehlen. Es war ein zerstreut liegendes Dorf, dessen Häuser sich über eine Weite weit den Bergan aufhängen zogen. In der Mitte befanden sich die großen Bruchwerke, das Schmelzhaus, die Kraftstation mit den hohen Schloten; nahe dabei das Warenhaus der Gesellschaft und einige Schenken. Es gab hier einige Wirtschaften, ähnlich der Merinitz, und lange Reihen von zwei- und vierstimmigen Holzhäusern, von denen einige mehrere Familien beherbergten. Dort, wo sich die Anhöhe hinzog, stand das Schulhaus und ein anderes kleines, eckiges Gebäude, das als Kirche diente; der Geistliche gehörte der Konfession der Allgemeinen Bergbauergesellschaft an. Er bekam die Kirche umsonst, eine Verpflanzung der Gasthäuser gegenüber, die der Gesellschaft einen hohen Mietzins zahlte. Es bewies die angeborene Bosheit der menschlichen Natur, daß in der Kohlengrube, trotz dieser Verpflanzung, der Himmel im Kampf wider die Hölle der Bestie blieb.

Durchs Dorf schreitend, empfing man den Eindruck unendlicher Trübseligkeit. Einsam und kahl ragten die Berge auf, mit den Hundmalen geologischer Zeitalter bedeckt. In diesen Kanon ging die Sonne früh zur Ruhe, der Schnee kam früh im Herbst; allüberall erhob die Natur ihre Hand gegen den Menschen, und der Mensch erlag ihrer Macht. Im Dorfe selbst herrschte noch weit größere Trübseligkeit. — Gemeinheit und Vertiertheit. Es gab einige lässliche Versuche von Gemüsegärten, doch töbeten Rauch und Auf- alls Leben; die herrschende Farbe war schwarz, Ueberall lagen

Abfallhaufen, Draht und leere Konservenbüchsen; hier spielten schmutzige, ruhige Kinder.

Ein Teil des Ortes hieß „Blodstadt“; hier zwischen Hinturbirgen aus Schlacke war einigen der allerärmsten Luiländer gestalltet worden, sich aus alten Brettern, Blech und geleertem Papier Verschläge aufzubauen. Kein Substanz hätte sich herabgelassen, in solch einer Gasse zu wohnen, und dennoch waren in einigen dieser Behausungen ein Duzend Leute zusammengepackt; auf mit Äsche bestreuten, von Flehen bedeckten hölzernen schliefen Männer und Weiber. Kinder wimmelten umher, bloß mit einem zer- rissenen Hemd bekleidet, zeigten sie dem Himmel schamlos ihren kleinen, nackten Hintern. So mögen einst die Kinder der Höhlen- menschen gespielt haben, dachte Hal, und Gel lag in ihm auf. Er war von Liebe und Neugierde erfüllt gekommen; hier jedoch herfragte beides. Wie konnte ein Mensch mit sensiblen Nerven, der die schänen, verfeinerten Seiten des Lebens kannte, diese Menschen lieben lernen, die alle seine Sinne beleidigten, seiner Nase Gestank, seinem Ohr widerlicher Lärm, seinen Augen ein Zug von Mißgeburten waren? Was hatte die Zivilisation für diese getan? Was konnte sie tun? Dazu sonst waren sie befähigt, als zu dieser schmutzigen Arbeit, zu der sie hier gezwungen wurden? So sprach in ihm der Spott des Anglo-Sachsen, da er diese Mittelmeerherden betrachtete, bei denen ihm selbst die Horn der Rasse widerwärtig erschien.

Doch ließ sich Hal nicht überwinden, und langsam, allmählich kam ihm eine neue Vision. Erst erfaßt ihn der Reiz der Gruben. Es waren alte Gruben, richtige Städte, die gleich einem Tunnel unter den Bergen lagen; die Hauptgänge zogen sich viele Meilen hin. Eines Tages schwangte Hal seine Arbeit; er machte eine Reise mit einem „Stricker“ und erhielt darauf auch eine körperliche Offenbarung der Unendlichkeit, Selbstsamkeit und Einsamkeit dieses Nachlabrühns. Im Schacht Nr. 2 lag das Flöz etwa fünf Grab- steil an, die letzten Karren wurden durch einen endlosen Strich hinaufgezogen; kamen sie dann schwerbeladen zurück, so liefen sie vermittels der eigenen Schwerkraft von selbst. Dabei gab es für

die Bremser viel Arbeit, bisweilen ging ein Karren durch und betehrte so die täglichen Gefahren der Grubenarbeit um eine weitere Gefahr.

Die Ader war oft vier bis fünf Fuß stark; eine Grausamkeit der Natur, die die Männer zwang, ihren Rücken dem niedrigen Raum anzupassen, wo nach neuer Kohle gegraben wurde. Nachdem Hal dort eine Weile geschuft, begriff er, weshalb sie mit gebeugtem Kopf und Rücken dahinschliefen, mit herabhängenden Armen, einer Affenreihe ähnlich. Die Kohle mußte zuerst mit einer Haue unter- graben und dann mit Pulver in die Luft gesprängt werden. Bei dieser Arbeit mußte der Bergmann seitwärts liegen, was wiederum andere physische Eigenheiten erklärte.

Und so gelangte man, wie stets bei genauerer Kenntnis des menschlichen Lebens zum Mitleid fast zur Verachtung.

Hier existierte eine abgelebte Rasse unterirdischer Gnommen, von der Gesellschaft für eigentümliche Zwecke zusammengepackt, festgeschmiebelt. Draußen, durch den sonnengebadeten Kanon, rollten lange Waggonsreihen dahin, mit Kohle befrachtet. Kohle, die bis ans Ende der Welt gelangen wird, an Orte, von denen die Bergleute niemals gehört; Kohle, die Ader einer Industrie treiben wird, deren Produkte die Bergleute niemals sehen werden. Kohle, die Selbe wird sie wehen, für vornehme Damen, herrliche Juwelen schmücken zu ihrem Schmuck; wird lange, weichepolierte Waggonsreihen durch Wälder und über Gebirge tragen, palastähnliche Dampfer aus Winterfarmen nach heißschimmenden tropischen Meeren befördern. Und die vornehmen, seiden- und juwelen- geschmückten Damen werden essen und schlafen, auf weichen Kissen ruhen — und ebensowenig von den verdammten Geschöpfen des Dunfels wissen, wie diese von ihnen wissen. Hal dachte über al- dies nach, bezwang den Hochmut seiner angelsächsischen Natur —, fand Bezweigen für alles, was an diesen Leuten abstoßend war — ihre barbarisch kreischende Sprechart, ihre verlauchten Wohnungen, ihre halb nackten Kleinen.

(Fortsetzung folgt.)

haben erhellen will. Selbstverständlich trägt der Beschluß nur probatorischen Charakter. Die gezahlten Summen werden bei künftigen Steuerzahlungen angerechnet.

Stadtv. Kasper (U. S. V.) wandte sich gegen eine Veranlagung zu dem Betrag nach dem Einkommen des Jahres 1920. Nach den bisherigen Erklärungen sollte die Steuer nach dem alten Steuerfuß weitergezahlt werden. Das Steuergesetz wäre längst fertig, wenn der Senat sich ernstlich darum bemüht hätte.

Senator Hoffmann erwiderte, daß eine neue Veranlagung nicht möglich sei, sondern die Steuern sind nach den 1920 gezahlten Steuern zu zahlen. Eine Zeichnungsbefreiung der Stadterwerbsteuerveranlagung ist notwendig, weil der Volkstag das Steuergesetz noch nicht beschlossen habe.

Stadtv. Dr. Hermann (U. S. V.) stimmte im Auftrag der Fraktion der Deutschen Partei der Vorlage zu, über die Abschätzung der Steuern im Interesse der städtischen Finanzverwaltung auch der Steuerzahler. Dieser bemerkt, daß die Vorlage nicht schon früher erledigt worden ist.

Stadtv. Scheller (L. S. V.) erklärte, daß die deutsch-nationale Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Stadtv. Rahn (R.) betont, daß die Annahme des Steuererhöhungsgesetzes im Volkstag gänzlich ausgeschlossen ist. Die Überweisung an den Ausschuß für Gemeindefragen sei ein Begünstigung der Abgabe. Die Deutsche Partei trägt die Schuld, daß das Steuergesetz noch nicht fertig ist. Rahn holt sich ein Ordnungsmittel aus der Stadt. Dr. Hermann einen Fall für den 2. April. Ausführung der Vorlage sollte jede rechtliche Maßnahme, da das abgeordnete preussische Einkommensteuergesetz nur für das Steuerjahr 1920 gelte.

Senator Hoffmann antwortete, daß die rechtliche Reife durch das Steuererhöhungsgesetz geschaffen werden soll. Für das im Volkstag eine Mehrheit vorhanden ist. Eine Erhöhung des Steuererhöhungsgesetzes wäre im Interesse der Gewerbetreibenden und der Steuerzahler zu behaupten. Die Annahme der Vorlage liegt im wohlverstandenen Interesse aller.

Nach verschiedenen Bemerkungen der Stadtv. Dr. Hermann und Rahn wurde die Debatte geschlossen. Die Steuererhöhung des Etats wurde gegen die Stimmen der Minderheit und der Polen angenommen.

Für Beratung der Haushaltspläne wurde vertagt. Das Besondere ist, daß die geheime Beratung ein, in der aber die Übernahme von Aktien der Danziger Straßenbahn-Aktiengesellschaft beschlossen werden sollte. Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 10 Uhr.

Der erste Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten.

Mit einem wohlgelungenen Begrüßungsstimmwort nahm der Verbandstag am Sonntag, den 29. Mai in Weimar seinen Anfang. An deutschen Stellen nahmen an ihm teil: Reipart vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Kufhäuser und Eich vom A. S. V., März vom Deutschen Bankangestellten-Verband, Kees vom Verhörs-Verband. An internationalen Stellen: Emil-Schulden vom Internationalen Fund der Dienstangestellten, Dietrich von dem Fund angeführten Arbeiter-Internationalen Organisation Dr. Freund vom Österreichischen Arbeiter-Verband, außerdem 126 Delegierte und die Reihe der berechtigten Verbandsfunktionäre. Im Vorstandsbereich, in dem die Referenten betonen konnten, daß es jeden Mitarbeiter mit berechtigtem Stimmrecht ist, daß weit über 200 000 Angestellte für die freigeberische Organisation gewonnen sind, und in dem über den Bericht gepflogenen Debatten spielte das kommunistische Problem eine hervorragende Rolle. Inwieweit es das Gewerkschaftswesen betrifft. Der Vorstand nahm sehr hart gegen die kommunistischen Bestrebungen Stellung. Die oft leidenschaftlich aufeinander abgefeuert wurden, führten zu folgenden in namentlicher Abstimmung einstimmig gefaßten Beschlüssen:

Mitglieder, die einen Beamten- oder Funktionärposten bekleiden sollen sich ausdrücklich verpflichten, in unserem Verbande nur nach unseren Statuten den Beschlüssen des Parteivorstandes und dem Programm der Richtlinien des A. S. V. und des A. S. V. zu arbeiten. Sie müssen den Internationalen Gewerkschaftsbund zu unterstützen als internationale Zusammenfassung der Gewerkschaften anerkennen. Diese in jeder Weise fördern und die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter-Gewerkschaft-Internationalen, ebenso wie alle anderen, die freigeberische Bewegung schützenden Bestrebungen unterstützen.

In der wichtigen Frage der Reorganisation des A. S. V. wurde in namentlicher Abstimmung mit 78 gegen 47 Stimmen der gemeinsamen vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der A. S. V. ausgeschickte Organisationsvertrag angenommen.

Gegen 6 Stimmen wurde beschlossen, den Verband der Angestellten des Buchhandels mit dem Zentralverband zu verschmelzen, eine Verschmelzung, die von der Delegiertenversammlung des Buchhandelsverbandes bereits gutgeheißen ist.

Erklärt auf Artikel 187 der deutschen Reichsverfassung, der die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts und einen besonderen Schutz des Arbeitsrechts verspricht, wurde gefordert, daß entsprechend jenen Grundsätzen die gesetzlichen Körperstellen in beschleunigter Weise ein einheitliches Arbeitsvertragsrecht schaffen, worin auch das Vereintigungsrecht, Streikrecht, Schlichtungsrecht, Tarifvertragsrecht, die Arbeitsvermittlung usw. geregelt wird. Durch Schaffung von Arbeitsgerichten, die ausschließlich für alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zuständig sind, ist allen Angestellten eine billige und schnelle Rechtsprechung zu ermöglichen. Die Durchführung der sozialen Schutzbestimmungen erfordert einen großzügigen Ausbau der Gewerkschafts- und ihrer Ausdehnung auf alle Angestellten. Ebenso fordert der Verbandstag, daß die Kapitalversicherungsbeiträge schrittweise vereinheitlicht werden und eine ausreichende Vorsorge für alle Wechselfälle des Lebens eingerichtet wird, denen Kosten die Allgemeinheit zu tragen hat.



Freunde unseres Blattes!

Laßt alle Familienanzeigen, Bekanntmachungen, Gesuche, Kauf- und Verkaufsangebote in der „Danziger Volksstimme“ erscheinen. Die weite Verbreitung der Zeitung bietet die Gewähr, daß die Anzeigen in die weitesten Kreise gelangen. Ihr unterschreibt durch Aufgabe Eurer Inserate in der „Volksstimme“ aber auch die Weiterentwicklung unseres Blattes.

Der Verbandstag erhob Protest gegen das Verhalten des Reichsarbeitsministeriums, daß die Sonntagruhe in Bayern noch immer nicht zur Durchführung bringt, obwohl der Reichsarbeitsrat bereits in dem Sinne beschlossen hat; ferner gegen das Reichspostministerium, weil den Postangestellten der 7 h. Urlaub, Urlaub zu gewerkschaftlichen Telegationen verweigert wird, obwohl die betreffenden Angestellten auf Gehalt für diese Zeit verzichten wollen.

Durch die einstimmige Annahme einer Entschließung bekannte der Verbandstag sich zur sozialistischen Wirtschaftsbewertung. Er verlangte die Förderung der Erziehung der arbeitenden Klassen zu sozialistisch denkenden und fühlenden Menschen durch die Gewerkschaften und die Zurückweisung der Versuche, die Arbeitnehmer durch Gewinnbeteiligung, Kleinaktie und dergl. von ihrem eigentlichen Ziele abzulenken.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde die Organisierung der Angestellten in Industrieverbänden empfohlen und die Notwendigkeit des Fortbestehens ihrer beruflichen Verbände betont. Ebenso aber die Notwendigkeit solidarischen Zusammenwirkens aller freigeberischen Arbeiter und Angestellten. Entsprechende Richtlinien wurden aufgestellt und der Vorstand beauftragt, beim A. S. V. und A. S. V. im Sinne dieser Richtlinien zu wirken.

Gemäß einem Referat Hausherr (Vorstand) beschloß man in der umstrittenen Frage der Arbeitsgemeinschaften den aufstrebenden Ausblick auf diesen Körperlichkeiten, der jedoch nur gemeinsam mit dem A. S. V. und dem A. S. V. erfolgen sollte. Festhalt sollte der Vorstand bei diesen beiden Spitzenorganisationen dahin wirken, ferner aber mit Beschleunigung auf die in der Reichsverfassung (§ 165 Abs. 2 und 3) versprochenen ge-

setzten Vertretungen der Arbeiter und Arbeiterinnen in Wirtschaftsräten bei allen zuständigen Körperschaften drängen.

Ein einstimmiger Beschluß erhöhte die Beiträge in den drei Klassen der Pensionisten von Mk. 1,10 auf Mk. 3, von Mk. 1,50 auf Mk. 4, von Mk. 2,50 auf Mk. 5, von 1. Ct. über tritt diese Erhöhung in Kraft, zugleich mit ihr eine Verdoppelung der Leistungen der Kasse.

Gegen 16 Stimmen wurden die Bestimmungen einer Ruhegehaltskasse für die Verbandsangestellten angenommen, zu der Angestellte und Verbände je zur Hälfte die Beiträge zahlen.

In einer Entschließung erhob der Verbandstag Protest gegen jede grundlose Entlassung von Verbandsangestellten, wie sie zu Gunsten der Beamten erfolgen. Ferner verlangt er, daß die Angestellten, die 10 und mehr Jahre beschäftigt sind, aber durch die Entsetzungsbedingungen, vor allem aus dem Reichswehrministerium entlassen werden, in einem Reichsbetriebe untergebracht oder durch eine weitgehende Entschädigung abgefunden werden.

Sandgraf-Chemnitz protestiert gegen den völlig unwahren Bericht der „Roten Fahne“ über den Beschluß in der Frage Moskau oder Amsterdam. Jungblut-Berlin erklärt, daß keiner der Delegierten diesen oder einen ähnlichen Bericht überhand haben. Daraus stellt sie sich ohne Widerspruch zu finden fest, daß der Bericht der „Roten Fahne“ eine aus den Fingern gegebene Fälschung und bewußte Fälschung der Dessenität ist.

Bei der Sektionsberatung wurden weitgehende Änderungen nicht beschlossen. Der Sitz des Verbandsauschusses wurde in Hamburg, der Sitz der Beschwerdef Kommission in Stuttgart beschlossen. Als Delegierte zum Internationalen Kongress in Wien wurden gewählt: Siebel-Vorstand, Sohn-Berlin, Schreier-Hamburg, Lehmann-Dresden, Seitzler-München, Horck-Adeln.

Der Verbandstag findet zukünftig statt aller drei, aber zwei Jahre statt. (Mit 68 gegen 55 Stimmen beschlossen). Zum nächsten Kongress in Düsseldorf wurden 24 Delegierte gewählt. Der Vorstand wurde gewählt; als Verbandsvorstand und Redakteure wurden die alten Kollegen einstimmig wieder gewählt. Damit schloß die arbeitsreiche Tagung in später Abendstunden am siebenten Tage.

Aus den Berichtssäulen.

Angewandte Straferhöhung für den Fleischwucher. Der Fleischermeister Leopold Ringenberg in Danzig forderte beim Verkauf von Rindfleisch und Schweinefleisch bis 4 Mk. über den Höchstpreis. Er erhielt einen Strafbefehl über 2000 Mk., und erhob gegen ihn Einspruch. Das Schöffengericht war der Ansicht, daß diese willkürlichen Höchstpreisüberschreitungen wirksame Ahndung verdienen und erhöhte die Strafe auf 8000 Mk.

Bestrafte Hebertretung des Verbots des Alkoholausschanks. Es besteht eine Einschränkung für den Ausschank von Alkohol, die ein Restaurateur in Danzig nicht beachtete. Er schenkte Cognac aus und hatte sich vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er wollte sich damit entschuldigen, daß jeder Gastwirt dies Verbot übertrete. Das Gericht verurteilte ihn zu 100 Mk. Geldstrafe.

Bermischtes.

6400 deutsche Fachzeitschriften. Der Geschäftsbericht des Verbandes der Fachpresse Deutschlands gibt u. a. ein Gesamtbild der Organisation im Fachzeitschriftenwesen, aus dem ersichtlich ist, daß Deutschland mit seinem Reichstum an Fachblättern an der Spitze aller Kulturstaaten steht. Vor dem Kriege bestanden danach in Deutschland 6250 Fachzeitschriften, da deren Zahl bis dahin dauernd gewachsen war und seit 1800 insbesondere die technischen Fachblätter eine gewaltige Zunahme erfahren hatten. Der Weltkrieg fügte der Fachpresse schwere Nachteile zu. Während seiner Dauer stellten aber 1900 Fachblätter ihr Erscheinen ein, davon 90 Prozent dauernd, so daß Ende 1918 nur noch 4300 Zeitschriften bestanden. Seit Anfang 1919 hat wieder eine Zunahme der Zeitschriften stattgefunden. Gegenwärtig bestehen 6400 Zeitschriften und Amtsblätter im Reich. Davon erscheinen die meisten in Berlin, Leipzig, München und Frankfurt a. M. Von den kleineren Orten ist Böhmen i. Th. der lebhafteste Platz für Zeitschriften.

„Wie ich es auffasse.“ Nichts ist schwieriger, als einen Begriff zu definieren, selbst wenn es sich um ein Wort handelt, das jedermann im Munde führt. Dr. Nikolaus Rubakin, ein russischer Gelehrter, hat aus den wissenschaftlichen Werken von Sozialdemokraten nicht weniger als 14 verschiedene Definitionen des Wortes „Proletariat“ und 18 Definitionen des Wortes „Bourgeoisie“ ferner aus den Tageszeitungen 10 verschiedene Erklärungen des Volkswortes. Ferner hat Professor Maciej 30 verschiedene Definitionen des Wortes „Kapital“ verzeichnet. Da begreift man in der Tat, daß die Steifheit recht haben, wenn sie sagen, ein Wort bedeutet noch lange nicht immer und für jeden dasselbe.

Größenwahn.

Von H. Haupt.

In dem riesigen Elektrizitätswerk, das einige hundert Erbschaften mit Licht und Kraft versorgt, besand sich auf wackriger weißer Marmorplatte ein großer Schalthebel. Das heißt, er war nicht der einzige, aber, da sowohl sein Wesen als auch sein Hartnäckigkeit härter waren als die der anderen und er über den zwei Sektoren der Hebel stand, war es ihm klar, er war der Herrscher. Und die Kontinuität, um deren Lichte er sich bemühte, die ihm mit dem von den Dynamen kommenden Rabel verband, und die Anzüge, in die er eintrat, um den Strom durch ein anderes Rabel seiner Arbeit zuzuführen, das waren seine Trabanten. Sie hörten es sich auch demütig an, wenn der Hebel solche Gebanlungänge entwirrte und glaubten schließlich daran.

Gleichmäßig aber wurde die Schraube locker. Das war ein Ereignis für den Hebel. Er wandte sich und kroch und hob den Kopf nach Weite als sonst. Und in der Dusterstunde schweberte er längere Weite in den Raum hinein.

Ich bin der Schalthebel. Laßt ich mich aus meiner Fänge lassen, so erlischt in hundert Orten das Licht. In meinem Willen liegt es, ob Dampfer von Maschinen laufen dürfen oder nicht. Nur wenn ich will, hat die Welt Licht und Kraft. Ich beherrsche das Elektrizitätswerk ich allein.

Tu begann der gewaltige Rhythmus der Schwungräder bröhnend aufzuwachen. Denn das Werk wurde gerade wieder aufgestellt. Die Hochspannungskabel schimmerten funkelnd und ein Dampfstrahl schickte los.

Verrißt, total verrißt! Mir wachen, was du willst! Weil bei dir die Schraube locker ist!

Und die Schrauben glücken. Was willst du machen wenn mir nicht Dampf in die Räder bringen! Und die Dynamen können mit gehen und geben Funken! Was bist du ohne meinen Strom?

Und der ganze gewaltige Rhythmus der Maschinen, Rollen, Räder und Anker sang: Mir sind die Kräfte, wir schaffen die Kraft, die nur ein wackiger Teil des Ganzen!

Tu wachte sich der Hebel ganz hoch auf und krächzte indigniert: „Was ist nun Demokratie!“

Es war aber auch ein Mann am Hebel. Bei dem war keine Schraube locker, im Gegenteil, er wachte alles immer viel besser als die anderen. Und in seinem besseren Wissen war ihm einmal klar, daß er ganz einfach den Strom für alle, bis an „seinem“ Hebel Rängen, abstellen mußte.

Es waren aber noch andere Arbeiter da, an den Dynamen, an den Rädern, in den Bureaus. Die kamen und fragten:

„Was fällt dir denn ein?“

Sie verlangten, daß er den Strom wieder anstelle, und als er es nicht wollte, rufen sie es selbst!

Da schrie der Mann während auf und tohte:

„Das ist nun Demokratie!“

Der Chöre hat zu hören, der hört!

Wie hoch gehen die Wellen? In den Schilderungen großer Meeresstürme lesen wir oft von „hohen“ Wellen, die das Schiff überfluten, und man hat sogar von „berghohen“ Wellen gesprochen. Der geduldigste Seefahrer ist aber auf dem schwankenden Boden eines Schiffes bei der Schätzung der Wellenhöhe sehr leicht Irrtümern ausgehegt, und da die Schwankungen des Fahrzeuges den Gang der Wellen wiederholen, so wird er die Welle als viel zu groß annehmen. Die Wissenschaft hat ganz genaue Messungen der Wellenhöhe auf dem Meere vorgenommen. Aber die dabei erzielten Ergebnisse berichtet Bruno Schulz in den „Naturwissenschaften“. Wellenlänge und Wellenperiode lassen sich verhältnismäßig leicht messen; aber die Bestimmung der Wellenhöhe bereitet große Schwierigkeiten. Man hat nun in letzter Zeit den Weg eingeschlagen, die Wellenhöhe mit Hilfe des Aneroid-Barometers zu messen, und hat dabei gefunden, daß die Wellenhöhe bei Windstärken von 10 Beaufort bis zu 10 Metern hoch sind. Die Schätzung der Wellenhöhe, die von erfahrenen Seeleuten vorgenommen wurde, betrug in diesen Fällen 12 Meter. Man hat jedoch die Benutzung eines Registrierbarographen vorgeschlagen, und zu diesem Zweck einen besonderen Barographen konstruiert, der nach Möglichkeit alle Fehlerquellen bei der Messung vermeidet und ziemlich genaue Resultate gibt. Doch wurden nur die Aufzeichnungen des Barographen his-

zu Windstärken von 5 Beaufort beobachtet, weil darüber hinaus die Registrierung nicht mehr einwandfrei ist. Die größte Wellenhöhe, die auf diese Weise festgestellt wurde, betrug sich auf 11 Meter, und zwar wurde sie im südlichen Stillen Ozean in 55 Grad nördlicher Breite und 98 Grad westlicher Länge beobachtet. Mit dieser einen Ausnahme waren die Wellenhöhen stets geringer, höchstens etwa halb so groß. Auch bei schlechtestem Wetter wurden von dem Apparat, selbst bei Windstärken, die über 5 Beaufort weit hinausgingen, niemals Aufzeichnungen mit größerem Ausschlag angezeigt. Es läßt sich daher mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß Wellen über 10 Meter Höhe im Atlantischen Ozean und in den der Antarktis benachbarten Meeren äußerst selten sind, und man kann behaupten, daß Wellen von 12 Meter Höhe nur in Ausnahmefällen vorkommen und daß die Angaben noch größerer Höhen bis zu 30 Metern ins Reich der Fabel gehören.

Umbenennung des Konversations-Vergikons. Einen kühnen, zeitgemäßen Schritt hat der weltbekannte Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig getan. Jedermann kennt das Konversations-Vergikon, jeder benutzt es und lobt es. Aber was eigentlich das zungenbrecherische Wort „Konversations-Vergikon“ sagen will, kann der Laie kaum erraten. Da muß er sich erst in die Geschichte der literarischen Salons vertiefen, die vor mehr als hundert Jahren stark im Schwange waren, als man noch viel Zeit zum „geistreichen“ Plaudern hatte und als die Weisheit bewundert wurde, die ihr Meißel kurz vorher frisch aus Brockhaus' „Konversations-Vergikon“ bezogen hatten. Unsere Zeit hat diese Konversationen mäßiger Menschen längst umgewandelt. Aber Brockhaus' Konversations-Vergikon lebt heute noch fröhlich denn je, weil der Verlag es verstanden hat mit seinem Hauptwerk den Anforderungen der Zeit voll gerecht zu werden. Jetzt will Brockhaus offenbar den veralteten Namen Konversations-Vergikon ablegen. Er strebt nach einer neuen zeitgemäßen Bezeichnung, und wie solchen aus Anzeichen in hervorragenden Zeitschriften hervorgeht, ruft er in einem mit reichen Preisen ausgestatteten Wettbewerb alle deutschsprachigen Leser zur Mitwirkung bei der Umbenennung auf. Es wird von Interesse sein, gelegentlich über die Beteiligung und über die endgültige Entscheidung etwas zu hören, auch über die neuen Namen, die vorgeschlagen sind, denn Brockhaus' Konversations-Vergikon gehört zu den deutschen Gemeingütern und ist ein wichtiges Werkzeug der deutschen Kultur.

Danziger Nachrichten.

Milch, Butter und Senat.

Milch, Butter und Senat.
Wir erhalten folgende Zuschriften:
Endlich Freiheit in Milch und Butter! Nun kann jeder schmelzen in dem Genuss des salzigen Juckgehaltens. Es ist eine Monna, das goldene Fett wieder frei stehen zu können. Es rang es sich bei mancher Zeit.
Bewunderungswürdig ist aber die Technik, das Organisations-talent, mit dem es gelang, schon am ersten Tage der Freiheit, dem 1. Juni, die Butter zum Verkauf zu bringen. — Die Leistungen der deutschen Industrie werden nicht mit Unrecht anerkannt. — Nur ein Beispiel. Die Molkerei Dohm konnte bereits am 1. Juni in ihren Geschäften Butter anbieten und zwar für 18 Pf. Wenn man aber bedenkt, daß ab 15 Uhr und 1 Stunde nachts die Milch angefahren, behandelt, gebuttert, gefäht, gewogen, gepast, verpackt, können trotz aller Anerkennung Zweifel nicht zurückgehalten werden: Diese Butterleistung ist doch unübertrefflich. Die Butter muß tags zuvor verkaufsbereit gewesen sein. Wer dann ist die Butter aus der Milch gewonnen, die den Kranken und Kindern ge-
hebrt und noch der Zwangswirtschaft unterlag. Wenn nun einmal Butter hergestellt war, gehörte sie der Bevölkerung, die für diese Butter nur 18 Pf. hätte zahlen brauchen.
Aufklärung wird erwartet.

Milch wird im Preise nicht steigen, versprochen uns die Verkäufer dieser Produkte. Noch nicht eine einzige Woche wartete man und eine 25 prozentige Preiserhöhung für Milch war da. Die Molkerei Baltinat gestattete sich, den Viterpreis von 1,60 Pf. auf 2 Pf. zu erhöhen.

Erkennt der Senat was das bedeutet?
Das bedeutet ein Anziehen des Milchpreises auf der ganzen Linie. Erfahren die Verkäufer im Freistaat, daß die Milch teilweise mit 2 Pf. verkauft wird, werden sie sicher die Sache verallgemeinern und nicht eher ruhen, bis auch sie mehr erhalten. Dann ist natürlich vielen die Milch unerreichbar.

Dieser 2 Pf.-Preis muß schnellstens verschwinden oder Baltinat muß zur Verantwortung gezogen werden. Selbst wenn Baltinat nicht mehr verdient, hat der Handel zu unterbleiben, denn er schädigt rund 200 000 Personen. Die Schädigung ist einmal tatsächlich erfolgt und zweitens ist eine dauernde Schädigung bestimmt zu erwarten. Das mußte auch Baltinat wissen. Der Dolus eventuell kann hier angewandt werden, wie er oft bei Arbeitern angewandt wurde.

Den kleineren Teil der Milch verkauft Baltinat mit 1,60 Pf., hat also auch billigere Lieferanten. Die teure Milch braucht er nicht zu kaufen.
Hier hilft keine Anrede, nur zugreifen!

Fuhrwerke mit Milch besuchen die Gbte, verkaufen die Milch mit 1,80 Pf. Diese Verkäufer gebrauchen die Ausrede, für das Vorfahren müßten sie 20 Pf. mehr je Liter Milch haben. Nun haben die Leute einen weit höheren Verdienst als die 20 Pf., also bedeutend mehr als die kleinen Milchverkäufer, die letzte Gehälte haben. Diese müssen sich mit einem Verdienst von 15 Pf. begnügen, haben aber erhöhte Ausgaben für Ladenmiete, Steuern u. a. Es ist also unangebracht, wenn Fuhrwerkbesitzer, die doch höchstens ebensoviel Kosten zu tragen haben, 20 Pf. extra verdienen.
Die Hausfrauen müssen diesem Verlangen entgegenreten. Die, die den erhöhten Preis zahlen, handeln unklug. Sie fördern nur die allgemeine Erhöhung des Preises. Ist dieser erst durchgeführt, dann müssen sie doch noch mehr zahlen. Beklagt Euch nicht, sondern handelt.

Daß nun so viel Milch nach Danzig kommt, ist der Maßstab, wie hoch manche Landwirte den Städler als Mitmenschen achteten. Dem Kinde, dem Kranken, der ausgehungerten Frau, verweigern sie, was sie ihrem Vieh geben. Aus dem Vergangenen kann man lernen.
Erkenne, Senat, greife rechtzeitig ein!

Besorgter Milchverkauf an Schwangere.

Im Anzeigenteil veröffentlicht das Ernährungsamt Bestimmungen über den Milchbezug der schwangeren Frauen. Diese Bestimmungen haben sich, wie das Ernährungsamt ferner mitteilt, als notwendig erwiesen, um die schwangeren Frauen vor dem Ansehen vor den Geschäften zu bewahren. Die Kartenausgabe findet von Donnerstag an statt. Die

Danziger Stadttheater.

Björnsoner Björnson: „Wenn der junge Wein blüht.“
In kurzem Zwischenraum die beiden norwegischen Dichter und Zeitgenossen in ihren letzten Werken: nach Ibsens Epilog Björnsons „Wenn der junge Wein blüht.“ Bei beiden: der Aufruf zur Lebensfreude. Und beide geben ihre beste und liebste Art. Der eine als Seelenbergmann steht nochmals hinab ins Geistige und bringt etwas wie die härtesten Stillehölzer ein. Der andere als Seelenbergmann steht nochmals hinab ins Geistige und bringt etwas wie die härtesten Stillehölzer ein. Der eine ist großes Orchester in einer Kirche mit verhängten Klären, der andere die sanfte Schmelze an einem Waldbrand. Der eine Prediger in überlebensgroßem Format, der andere kleiner Bürgersmann mit dem Sträußchen am Hut. — Diese Gegenüberstellung schon war ein feiner literarischer Griff.
Aber auch das Lustspiel, eins der feinsten und lebenswichtigsten, das ich kenne, steht man immer wieder gern. Vor Jahren hat es in Danzig bereits eine Reihe von Auf-führungen erlebt. Der alte Björnson gibt diesen Auschnitt aus dem Familienleben mit so leichter Hand, mit so grazioser Geste und in so gewinnenden Formen, daß man einen jungen, mondänen Gesellschaftsdramatiker vermuten könnte. Die Durchführung des Wortwuns „Wenn der junge Wein blüht,“ hängt der alle an zu gären“ an zwei Familien-Generationen ist meisterlich, dazu voll Lebenswahrheit und das Präzise in äußerster deklativer Art.
Die ganz vorzügliche Aufführung unter Leitung von Hermann Berg hätte ich mir für den Winter an Stelle all des belanglosen Lustspielquatsches besser gedacht als gestern, an einem herrlichen Junitag, wo man in den Wald und an die See, aber nicht ins Theater geht. Überhaupt müßen diese letzten Kraftanstrengungen des Schauspielers in nahenden Sommer wie Ironie an. Sollen sie Wiedergutmachung bedeuten, so können sie reichlich zu spät; wä die Direktion aber mit dem Hinweis auf die gähnende Leere der Häuser sagen: „Seht mal, soviel Leute gehen ins Theater, wenn es gute Literatur gibt!“ so ist das eine so klägliche Verneinung der Zeit- und langstigen Verhältnisse, daß der Fall garnicht weiter diskutabel ist. Selbstverständlich wird man die lastigsten Forellen zurückweisen, wenn man sich zuvor stundenlang den Magen mit aufgewärmten Kartoffelsuppen und angebrannten Mehlsüßen vollgeschlagen hat.

Arbeitslosigkeit müssen sie, wenn sie in die Handlung eingegriffen werden. Sie erhalten dann von den Arbeitern die Milch zuzugeweiht, wie die übrigen Milchproduzenten.

Schiedspruch im Baugewerbe.

Am Montag, den 4. Juni, lagte unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrates Bürgels das Tarifamt für das Baugewerbe nach hundertmaligen Verhandlungen über einen Schieds-spruch, der für alle im Tarifvertrage vorgesehene Arbeit-nehmergruppen vom 6. Juni ab eine Lohnzulage von 50 Pro-zent Strafe ausspricht. Über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs haben sich die Parteien bis zum 15. Juni zu entscheiden. Die wir hören über Anfang der nächsten Woche eine Verhandlung des deutschen Bauarbeiterverbandes statt, die Stellung zu dem Schiedspruch nehmen wird.

Noch einmal Butter auf Markte. Im Anzeigenteil ruft die Molkereiabteilung des Senats Butter auf die Markte der Speisekartoffeln auf.

Größere Veränderungen im Zoppoter Spielklub sollen, wie wir hören, demnächst vor sich gehen. Es soll geplant sein, das Unternehmen unter Heranziehung aller kommunalen Kreise des Freistaates und Mitwirkung in- und ausländischer Kapitals in eine G. m. b. H. umzuwandeln. Die angenom-men werden muß, entspringt diese projektierte Umstellung des Spielklubunternehmens in erster Linie wahrscheinlich der Absicht, die gegen den Spielklub gerichtete öffentliche Mei-nung umzustimmen. Wie uns ferner mitgeteilt wird, würde eine Veränderung in der Leitung des Unternehmens besonders von den Angestellten freudig begrüßt werden, da sich voll-kommen unhaltbare Verhältnisse herausgebildet haben sollen. Wir sind der Auffassung, daß es Sache der öffentlichen Körperschaften sein muß, zu diesen Vorgängen allerschleunigst Stellung zu nehmen.

Die Ringkämpfe im neuen Operentheater. Als erstes Be-reitschaften sich gestern Siegried und Schatz-Messias gegen-über. Sie rangen 20 Minuten ohne Entscheidung. Der Welt-meister Stalling legte den Danziger Pokriste mühelos in 8 Minuten durch Schulterschritt. Der Entscheidungskampf zwischen Lorenz-Ginnland und Mac Donald-Scholland wurde nach 45 Minuten abgebrochen, da sich der Finne außerstande sah, infolge eines unglücklichen Stalles auf den linken Ellbogen, weiterzurufen. Heute, Mittwoch, ringen Meisterkämpfer Ernst Siegried gegen den Deutsch-Amerikaner Banger, Entsch-eidungskampf Pokriste gegen Mintgens und Herausforderungskampf bis zur Entscheidung zwischen Philippson und Weltchampion Pa-radonoff-Ruhland.

Hafennachrichten. Eingang am 7.: Deutsch, D. „Dued“ von Rotterdam (Weizen), Deutsch, D. „Nympe“ von Alkau, Billau (Passagiere), Deutsch, D. „Grägövi“ von Ewinemünde (Kassa-giere), Deutsch, D. „Selene“ von Hamburg (Güter), Deutsch, D. „Alexandra“ von Hamburg (Güter); am 8.: Norweg, D. „Alle-Haak“ von London (Güter), Schwed, D. „Ehr“ von Aber-pool (Güter). Ausgang am 7.: Deutsch, D. „Kongrek“ nach Ham-burg (Güter), Deutsch, D. „Wilhelm Adpfe“ nach London (Passa-giere).

Vollzeibericht vom 8. Juni 1921. Festgenommen: 14 Personen, darunter 2 wegen Verdachts des Einbruch-diebstahls, 1 wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, 10 in Vollzehaft. Obdachlos: 1 Person.

Die Lage der Molkerei- und Käseerzeugnisse. Einen wert-vollen Beitrag zu der Behauptung, daß die hohen Preise auf den hohen Preisen für Lebensmittel seien, bildet nachfolgender, aus dem Verband land- und forstwirtschaftlicher Angestellten ausge-gangener Bericht: Ein Eldorado für Arbeitgeber sind die Zustände in den Molkerei- und Käseerzeugnissen in hiesiger Gegend und im Freistaat Danzig. Der Verband der Molkerei- und Käseerzeu-ger, der unserer Freien Gewerkschaft als Sektion angeschlossen ist, hielt in diesen Bezirken eine Reihe von zum Teil sehr stark besuchten Versammlungen, in denen von den Kollegen geradezu erschütternde Berichte über ihr Arbeitsverhältnis vorgebracht wurden. Die Arbeitszeit beträgt sehr oft 16 Stunden und noch mehr den Tag. Bei einer Bezahlung von 200.— und von 180.— den Monat bei freier Kost. Sonn- und Feiertags wird etwa 10 bis 12 Stunden gearbeitet. Während des ganzen

Carl Brückel war ein herzenguter, alles verstehender Familienvater und ebenbürtig an seiner Seite Frieda Reginald, die in allem, was sie angreift, zeigt, was für eine kluge, vornehme Darstellerin sie ist. Ferdinand Neuert, als ver-lebtester Probst, besetzte durch seine verständige Art und den ehrlichen, herzlichen Ton mancherlei Unglaubwürdigkeiten dieser Partie. Unter den Hausvätern boten Erika Fels und Martha Kaufmann viel frische und echte Mädchen-haftigkeit.
Wilibald Omankowski.

Tintenflisch und Tintenstift.

Der Tintenflisch hauste in den Tiefen des preußischen Rechnungshofes. Er konnte es nicht erwinden, daß dieses Amt den der Tinte abgewandten Gebrauch des Tintenstiftes bei der Unterzeichnung amtlicher Schriftstücke erlaubt hatte. Tinte ist das Lebensselement des Tintenflisches und so suchte er für sein dunkles Reich zu retten, was zu retten war. Der Tintenflisch tauchte tief hinab in sein schwarzes Lebensselement und holte sich die Kraft, um dieses durchzugehen.
„die Unterzeichnung mit dem Tintenstift wird beschränkt auf Berichte, Abnahmehandlungen, Beantwortung der Erinnerungen, Rechnungen, Bescheinigungen aller Art zu Verwaltung- und Baurechnungen, Schwerevermerke, Verweh-rungen, Eintragungs- und ähnliche Bescheinigungen, für den Rechnungsbuch“ (und einige andere papierne Dinge).
So... Der Tintenflisch übte im Gefäß des gestillten Nachdenkens. Aber schon schnellte er zu einem neuen Angriff auf den verhassten Gegner. Ein raffiniertes taktischer Angriff gelang ihm: es gibt Tintenstifte verschiedener Art. Wenn ihr den Tintenstift gebrauchten wollt, meint ihr, ein Tintenstift sei ein Tintenstift? Holla, falsch geraten! Guter Bestreben, auch von der heiligen Tinte zu entzogenen, nicht euch den Teufel, wenn ihr den Bann nicht mit — mit einem Tinten-stift brecht.

„der eine gut habende, möglichst dunkle, aber nicht glänzende Schrift liefert, die auch bei künstlichem Licht leicht lesbar ist und nicht wie Bleistift aussehen darf.“
Nun sucht! Einen möglichst dunklen, nicht glänzenden Stein, ja keinen glänzenden! Der Stein, — der muß allein der Tinte vorbehalten bleiben, der Tinte, in der der Tintenflisch gedeiht, der mit ihr seine Säugnapfe füllen kann.
(Stirn)

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.
2. Bezirk (Niederstadt). Donnerstag, den 9. Juni, abends 6 1/2 Uhr, in der Kattelerkammer, Weinbergstraße 9, Zimmer 81. Bezirksversammlung. Vortrag des Gen. Fooka. Verschiedenes.
Freitag, den 10. Juni, abends 6 1/2 Uhr, in der Aula der Petruschule, am Sanjakplatz, Bezirksversammlung. Auf der Tagesordnung steht: Stellungnahme zum Bericht und Wahl der Delegierten. Zum Bezirk Danzig-Stadt gehören auch die Bezirke: Heide, West, Neufähr, Gunguhr, Schellmühl, Lomental, Heide, Neu, Jwaasser, Schöllig, St. Ulrich und Wäghelmünde.
Bezirk Arbeiterjugend.
Mittwoch, den 8. 7 Uhr abends, Vortrag des Genossen Lehrer Klabau über Freilicht. Danach Regitationen aus dem Werk des Dichters.

III III Versammlungs-Anzeiger III III

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.
2. Bezirk (Niederstadt). Donnerstag, den 9. Juni, abends 6 1/2 Uhr, in der Kattelerkammer, Weinbergstraße 9, Zimmer 81. Bezirksversammlung. Vortrag des Gen. Fooka. Verschiedenes.
Freitag, den 10. Juni, abends 6 1/2 Uhr, in der Aula der Petruschule, am Sanjakplatz, Bezirksversammlung. Auf der Tagesordnung steht: Stellungnahme zum Bericht und Wahl der Delegierten. Zum Bezirk Danzig-Stadt gehören auch die Bezirke: Heide, West, Neufähr, Gunguhr, Schellmühl, Lomental, Heide, Neu, Jwaasser, Schöllig, St. Ulrich und Wäghelmünde.
Bezirk Arbeiterjugend.
Mittwoch, den 8. 7 Uhr abends, Vortrag des Genossen Lehrer Klabau über Freilicht. Danach Regitationen aus dem Werk des Dichters.

Aus dem deutschen Osten.

Die Verhaftung zweier Königsberger Stadtverordneten.

In den bürgerlichen Zeitungen Danzigs wurde gestern eine aus Königsberger Blättern entnommene Meldung wiedergegeben, daß der kommunistische Stadtverordnete Sauer und der sozialdem. Stadtverordnete Michael unter dem Verdacht verhaftet worden sind, Unregelmäßigkeiten begangen zu haben. Dieser Meldung war hinzugefügt, daß beide leitende Stellen in Kriegsbeschäftigtenorganisa-tionen inne haben. Der Orts- und Bauvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschäftigten und Kriegsteilnehmer in Königs-berg veröffentlicht in der „Königsberger Volkzeitung“ zu dieser Meldung folgende Erklärung:

„Die Ostpreussische Zeitung“ brachte in der Montagnummer die Nachricht, daß die beiden Stadtverordneten Sauer und Michael verhaftet seien und verurteilt, diesen Umstand in tendenziöser Weise sofort auf Unregelmäßigkeiten zurückzuführen. Die „Allgemeine Zeitung“ hatte nicht Elligeres zu tun, als dieses sofort abdruckte. Ja, sie fragte bereits gestern telephonisch an, wieviel die beiden unterzählten hätten. Wir sind in der Lage, öffentlich zu erklären, daß die Verhaftung der Genannten mit der Organisation des Reichsbundes der Kriegsbeschäftigten in keinem Zusammenhang steht. Es kann sich nur um Privatangelegenheiten handeln, wobei die Kriegsbeschäftigten alle Ursache haben, auf diese beiden Vorkämpfer stolz zu sein. Näheres können wir erst berichten, wenn die Voruntersuchung erledigt ist.“

Standesamt vom 7. Juni 1921.

Todesfälle: Landwirt Franz Garmanski, 47 J. 1 M. — S. des Handelsmanns Tobias Sattler, 8 Wd. — Frau Antonie Ziehm geb. Bloch, 77 J. 7 M. — Frau Barbara Neubauer geb. Senger, 58 J. 1 M. — Kaufmann Paul Fahrholz, 44 J. 4 M. — Verkäuferin Helene Wuschinski, 27 J. 2 M. — Schwägerin Maria Seebach, 16 J. 1 M. — Regierungsassistent Michael Sternweil, 36 J. 1 M. — Frau Theresia Rest geb. Poplawski, 48 J. 5 M. — Bureaubeamter Wilhelm Grünberg, fast 59 J.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Dänische Mark:	(Ausl. 4,95) 5,10—5,15 am Vortage 4,80
Dollar:	68 1/2—65 63 1/2
Engl. Pfund:	2,49—20 252
Frang. Franks:	5,25—50 5,28
Schweiz. Franks:	1180

Wasserstandsberichte am 8. Juni 1921.

gestern		heute	
gestern	heute	gestern	heute
Jamisch	0,97	Viechel	0,21—0,16
Worschau	1,25	Dirschau	0,85—0,26
Pisch	—	Einlage	2,04—2,10
Lhorn	0,50	Schlewenhorst	2,30—2,32
Ferdon	0,37	Schnau D. P.	6,54—6,68
Caln	0,32	Walgenau D. P.	4,54—4,34
Graubenz	0,41	Reuhorsterbusch	2,04—2,10
Kurzedrak	—	Wollsdorf	—
Montauerstöße	0,39—0,35	Kuwachs	—

Letzte Nachrichten.

Deutschland und der Völkerbund.

Gesp. 7. Juni. Die in der 6. Kommission der Union der Völkerbundvereinigungen vom Vizepräsidenten Professor Kullard-Franck eingetragene einstimmig angenom-mene Entschliessung hat folgenden Wortlaut: Im Interesse eines wirklichen Friedens und der Zusammenarbeit der Völ-ker brüdt der Kongress den Wunsch aus, Deutschland in mög-e gemäß dem Völkerbundpakt baldmöglichst in den Völkerbund aufgenommen werden.
Die Union der Völkerbundvereinigungen darf natürlich nicht mit der offiziellen Völkerbundorganisation verwechselt werden. Sie stellt vielmehr eine private, internationale, wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft von pazifistischen Völker-rechtslehrern dar, wie in Deutschland die „Liga für Völker-bund“, die übrigens ebenfalls in diese Union auf einstim-migen Beschluß aufgenommen worden ist. Man darf die oben mitgeteilte Entschliessung immerhin als einen Schritt auf dem Wege zur Völkerpersöhnung buchen.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolze, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig, für die Inserate Bruno G. G. in Ollon, Oud und Verlag von J. B. S. in Danzig.

Mein neu errichtetes Geschäft in Langfuhr, Hauptstraße 24

wird Donnerstag, den 9. Juni, nachmittags 3 Uhr eröffnet.

W. Machwik.

Ämliche Bekanntmachungen.

Milch für schwangere Frauen.

Die Verordnung über den Verkehr mit Milch, Speisefetten und Käse vom 20. 5. 21 wird wie folgt abgeändert.

1. Vom 13. Juni an sind milchkartenberechtigt im Sinne des § 3 der genannten Verordnung auch schwangere Frauen vom 7. Schwangerschaftsmonat an.

2. Die in der genannten Verordnung getroffenen Bestimmungen für Milchkartenberechtigte gelten auch für diese schwangeren Frauen.

3. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Die Ausgabe von Milchkarten für schwangere Frauen findet täglich von 7,30-9,2 Uhr in der Milchkartenscheide Wiedenkaferne sowie in den Nahrungskarten-Beckenstellen Langfuhr, Neufahrwasser und Heubude statt und zwar am Donnerstag, den 9. Juni für die Buchstaben A-A.

Freitag, den 10. Juni für die Buchstaben B-B, Sonnabend, den 11. Juni für die Buchstaben C-C und sämtliche Nachzügler.

Als Nachweis ist die Nahrungskartenkarte und das auch beibehaltene ärztliche Zeugnis beizubringen. Bereits empfangene Milchkarten sind mitzubringen. Sie erhalten Gültigkeit erst durch Neustempelung in den Ausgabestellen. Milchkarten, die den Sternchen - Milchkarten-Kempel Juni - nicht tragen, werden von den Milchgeschäften nicht beliefert.

Danzig, den 7. Juni 1917. (4487)

Der Senat.

Verwaltung der Stadt Danzig.

Butter auf Marke 9.

Vom Freitag, den 10. Juni an werden 62,5 Gramm Butter zum Preise von 12 M. für das Pfund auf die Marke 9 der Speisefettkarte zur Ausgabe gelangen. Die Butterhändler erhalten die Bezugscheine am Donnerstag, den 9. Juni in der Molkereiabteilung, Kaserne Wieden, Eingang Poggenpuhl.

Danzig, den 8. Juni 1921. (4488)

Der Senat.

Molkereiabteilung.

Saldenkohlenbriketts

und sortierte

Saldenkohle

mit über 6000 Wärmeinheiten,

also Braunkohlenbriketts erheblich überlegen; besonders geeignet für Hausbrand und sämtliche industrielle Feuerungen, insbesondere Kesselfeuerungen

markenfrei

in jeder beliebigen Menge abzugeben.

Städt. Gaswerk am Milchpeter
Telefon 257 und 532. (4489)

Stadttheater Danzig.

Direktion: Kubell Schaper.

Mittwoch, den 7. Juni 1921, abends 7 Uhr.

Die Mausefalle

Schwank in 3 Akten von Hans Hergatz u. Hans Stern. Spielleit.: Erich Sterned. Inspektoren: Emil Werner. Personen wie bekannt. Ende gegen 9 1/2 Uhr.

Donnerstag, abends 7 Uhr. „Wenn der junge Bets blüht“.

Freitag, abends 7 Uhr. Ermöglichte Preise. „Mit Selberberg.“ Schauspiel.

Sonnabend, abends 7 Uhr. „Wenn der junge Bets blüht.“

Neues Operetten-Theater

Dir.: Paul Bannmann.

Heute und folgende Tage

Anfang 7.30 Uhr Anfang

Großer internationaler

Ringer-Wettstreit

um den großen Preis von Danzig im Bortage von 10000 Mark in bar.

Heute Mittwoch (8. Tag) ringen:

Ernst Siefert gegen Langer, Deutsch-Amerika.

Entscheidungskampf:

Pokrieffke gegen Mintgens.

Herausforderungskampf:

Philippson gegen Paradanoff.

Nach Paradanoff hat Philippson mit einem Lieberwurf nach rückwärts gewonnen. Philippson war vollständig übermacht und war ohne Rücksicht, was verrat Paradanoff nicht geben wollte. Nach Rücksprache mit dem Schiedsgericht wurde Paradanoff durch so weit gebracht, dass er Kampf bis zur absoluten Entscheidung aussetzte. Dieser Kampf findet heute als erster statt.

Vor den Ringkämpfen das glänzende

Variété-Programm!

Vorverkauf im Deumabaus, Langgasse.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Libelle

Musik, Gesang, Tanz.

Lichtbild-Theater

III. Damm 8. (4490)

Spielplan vom 8. bis 10. Juni 21

Der Überfall auf den

Europa-Express

Großer Detektiv-Film in 5 Akten

Timm Fox, Detektiv - Heinrich Schroth.

Die Juwelenmarder von San Francisco

Aus dem Tagebuch des berühmten Detektivs

Nic Cartier in 5 Akten.

Musik, Gesang, Tanz

Lustspiel in 2 Akten. (4479)

Wir empfehlen folgende

Kleine Flugchriften der

Monistischen Bibliothek:

Das Wesen des Monismus	1.20
Monismus und Religion	1.20
Die freie Wahrheit	1.20
Religionsunterricht oder Moralunterricht?	1.20
Monismus und Klerikalismus	1.20
Die Entwicklung der Erde	1.20
Der Mensch und das Weltall	1.20
Ueberblick über die Geschichte der Abstammung im Kampfe mit der Schöpfungsgeschichte	1.20
Die Abstammungstheorie	1.20
Der Bau des Menschen als Zeugnis für seine Vergangenheit	1.20
Der Ursprung des Lebens	1.20
Die Entwicklung von Pflanze und Tier	1.20
Lebensbeherrschung	1.20
Dualistische und monistische Weltanschauung	1.20
Wahlzettelung	2.40
Anfänge des Glaubens und heidnische Grundlagen des Christentums	1.20
Kann der Monismus eine Religion genannt werden?	2.40
Wenn es keinen Gott gibt, was dann?	1.20

Buchhandlung Volkswacht
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Hotel Danziger Hof

Rokokosaal

jeden Donnerstag
5-Uhr-TEE
Lissy und René
das mondaine Tanzpaar (neue Modellenze)

Jeden Abend: Reunion

Gedania-Theater

Schüsselbaum 53/55

Achtung! Ab heute!
Nur bis einschl. Sonnabend!
Der hervorragende Spielplan!

Madame Recamier

„Des großen Talma letzte Liebe“
Monumental-Film-Werk in 6 Akten
Hauptdarsteller: Fern Andra, Bernd Aldor

Die Schreckensnacht im Hause Clarque!

Detektiv-Film in 5 Akten (4480)
Detektiv Timm Fox - Heinrich Schroth.

Kleinhammer-Park

Langfuhr

Inhaber P. Malkowski. (4386)

Herrlicher Garten, neu renovierter Saal
in Kaffee, täglich frisches Gebäck

Spezialausschank der
Danziger Aktien-Bierbrauerei

Sozialdemokratischer Verein

Danzig-Stadt.

Am Freitag, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr,
in der Aula der Petri-Schule, am Hanjaplatz

Mitglieder- Versammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum Parteitag,
2. Wahl der Delegierten,
3. Berichtsbeschluss.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreicher Besuch erforderlich.

Der Vorstand.

Probieren Sie meinen garantiert handgekachelten

Kentucky-Schnupftabak

Tabakhörner u. -Dosen
Größtes Lager am Platze.

A. Rotha, Am Stein 13.

Stroh-Panama-Velour-Filz

Hüte

für Damen und Herren

werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit

umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik

Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle
am Lawandengasse Nr. 6-7.
(gegenüber der Markthalle). (4338)

Volkspflege

Bemerkenswertlich-Gesellschaftliche Versicherungsgesellschaft

- Sterbekasse, - Rein Pollicenverfall.

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.

Auskunft in den Büros der Arbeiterorganisationen und von der Rechnungsführer 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Wattenbuden 26.

Robert Ehmann

Altstadtscher Graben 3
neben der Tabakfabrik von M. A. Hass.

Prima Kammgarn-Wolle 4

Page 50 Gramm . . . 6.50, 5.50, 4

Stieler Anaben-Anzüge 90

Reine Wolle mit Zwirnketten.
Eigenes Fabrikat in 10 Größen von 90 an

PHILIPP SCHEIDEMANN

DER ZUSAMMENBRUCH

1914-1918

PREIS 30 MARK.

NEU

Buchhandlung Volkswacht
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32

Institut für Zahnleidende

Telefon 2621. Pfefferstadt 71. Nähe Bahnhof.

Spezialärztl. Abteil. Spezialtechn. Abteil.

Mund- u. Zahnoperationen in örtlicher oder allgemeiner Betäubung. Zahnplomben jeder Art. Zahnregulierungen.

Zahnersatz mit und ohne Gummiplatte aller Systeme. Reparaturen, Umarbeitungen schnellstens. Maß-Kostenberechnung.

Sprechzeit 8-7, Sonntag 9-12. (3346)

Wirkungsvolle Plakate

in jeder Größe
liefert in kürzester Frist

Danziger Volksstimme

Am Spendhaus 6

Variété Wintergarten

Olivier Vor 10. Tel. 1923.
Beginn 7.30 Uhr
Direktion: Arthur Löwinski

Das Juni-Programm

müssen Sie sich unbedingt ansehen
Es bietet etwas ganz
Hervorragendes

Nach der Vorstellung in den vorderen Oble und Bar Stimmungs-Räumen: Oble und Bar

Vorverkauf täglich im Theaterbüro Wintergarten anunterbrochen u. Drummhaus, Langgasse, Wochentags 10-8 Uhr und Sonntags 11-1 Uhr. (4484)